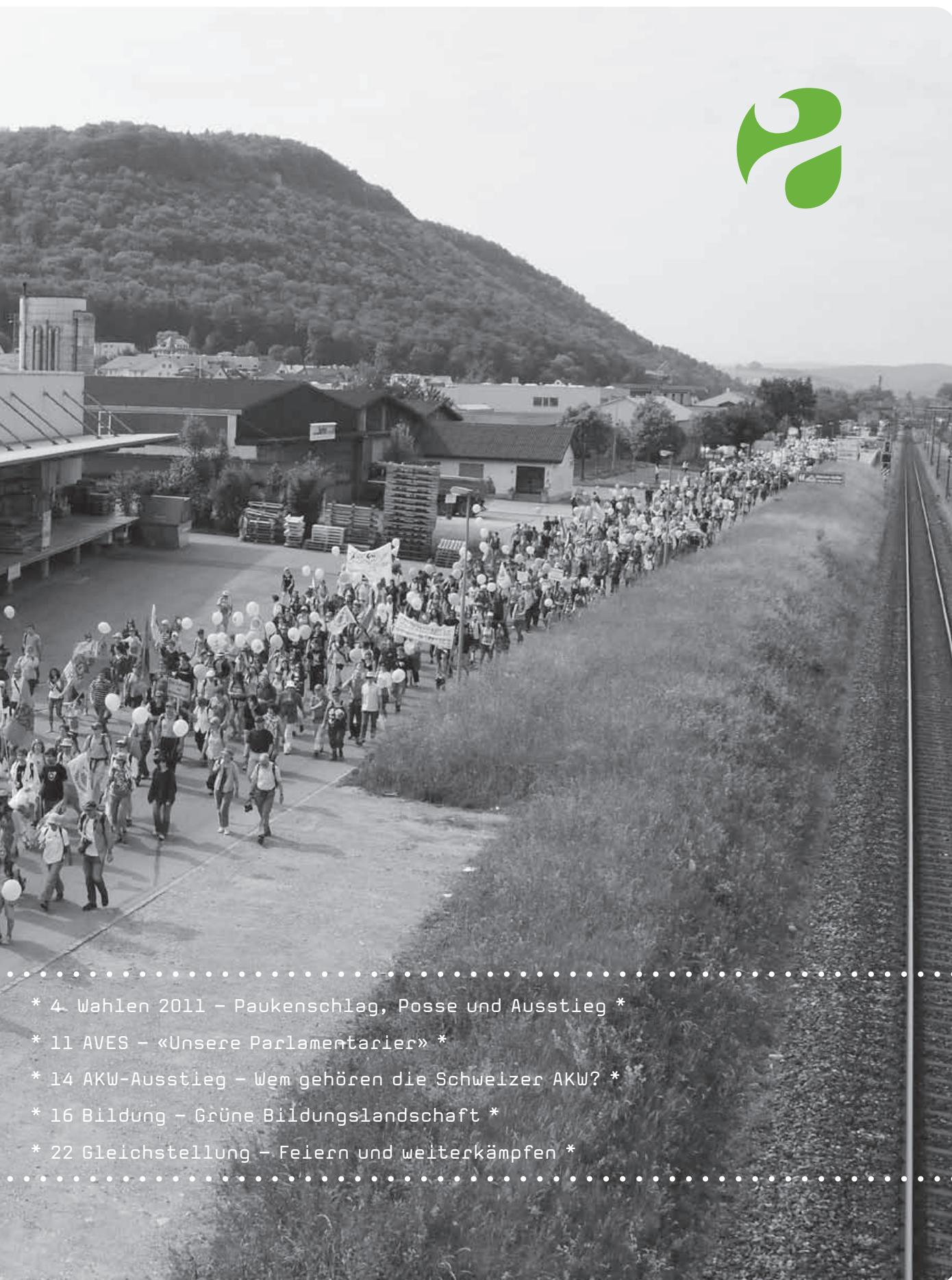


BULLETIN

NUMMER 2 | Juni 2011



* 4. Wahlen 2011 – Paukenschlag, Posse und Ausstieg *

* 11 AVES – «Unsere Parlamentarier» *

* 14 AKW-Ausstieg – Wem gehören die Schweizer AKW? *

* 16 Bildung – Grüne Bildungslandschaft *

* 22 Gleichstellung – Feiern und weiterkämpfen *

2

3 Editorial

Gut gemeint...

4 Wahlen 2011

Paukenschlag, Posse und Ausstieg

6 Wahlen 2011

Mehr Demokratie, autonomere Politik

7 Wahlen 2011

Fitness für die Wirtschaft

8 Nationalrat

Die AKW sind das wahre Risiko

9 Regierungsrat

Jahr der Freiwilligen

10 2000 Watt

Potz 2tausend

11 AVES

«Unsere Parlamentarier»

12 Strahlende Zukunft

Uranabbau zerstört die Umwelt

14 AKW-Ausstieg

Wem gehören die Schweizer AKW?

16 Bildung

Grüne Bildungslandschaft

18 Kantonsrat

Dörf's äs bitzli weniger sii?

20 Wirtschaftskriminalität

Finanzmarktaufsicht – (k)ein Freund und Helfer

22 Gleichstellung

Feiern und weiterkämpfen

23 Sommerlektüre

Aufgebaut und ausverkauft

24 Serviceteil

Frontal
Kino
Buch
Veranstaltungen
Adressen, Impressum



Co-Präsidentin Barbara Beck-Iselin rüstet die alternativ grünen NationalratskandidInnen mit einer grünen Kräutermischung für einen würzigen Wahlkampf aus. (Bild: Paula Gisler)

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar, Alternative – die Grünen Menzingen, Alternative – die Grünen Unterägeri, Alternative – die Grünen Stadt Zug, Alternative – die Grünen Zug, Forum Oberägeri, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Grüne Steinhausen, Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das BULLETIN»

Gut gemeint...

Jolanda Spiess-Hegglin, Nationalratskandidatin Junge Alternative | Bild J. Spiess-Hegglin



gefragt? Wir, die – nennen wir es mal U-35, darunter auch meine beiden Kinder, welche die Suppe schlussendlich auslöffeln dürfen. Nein, natürlich hat niemand gefragt, wie wir es finden, den Atommüll der vergangenen Generationen zu beseitigen. Es ist ohnehin schwierig, Kindern zu erklären, wieso Kernkraftwerke auf der Wiese stehen. Beim Menschenstrom gegen Atom in Beznau am 22. Mai 2011 fand Arno (4-jährig) das Chämi mit viel Rauch in erster Linie bewundernswert. Noch mehr faszinierten ihn die vielen Shuttlebusse (mit Gelenk, der CO₂-Ausstoss ist egal). In

solchen Momenten kann ich seine gute Laune natürlich nicht zerstören. Würde auch nichts bringen. Eine Androhung von bösen Dingen führt ja oft zum Gegenteil («Lass die Finger von den Linken!») – eben.

Es ist vielmehr die vernünftige Begründung, welche in der Kindererziehung zum Erfolg führt – genau so klug, wie das klingt, ist es auch. Was denken Sie, wann wir bei uns zuhause zum letzten Mal ausländische Erdbeeren gegessen haben? Geht gar nicht, weil der Sohn nur Schweizer Früchte isst. Er fragt sogar an der Migros-Kasse, ob es Schwei-

zer Zwieback ist, welchen er aufs Band gelegt hat. So gesehen darf er sich über die Dreckschleudern im öffentlichen Verkehr ruhig freuen. Er legt auch Wert darauf, dass wir – die Grossen – Schweizer Wein trinken. Sowieso. Kangaroo Ridge aus Australien macht doch definitiv keinen Sinn. Da kann uns auch ein Bio-Label nicht bekehren. Bei dem Transportweg wird der Wein nur alt, was sich natürlich bei den Spargeln aus Peru noch negativer auswirkt. Nun, unsere beiden Kinder sind dann auch die einzigen in der Verwandtschaft, welche noch nie in einem Jet geflogen sind. Und Autofahren dürfen sie auch selten, und wenn, dann nur mit einem von der roten Flotte. Das klingt jetzt nach einer schrecklich unglücklichen Familie. Aber das ist sie nicht. Weil wir so schaurig gern mit dem Bus und der Bahn fahren (Arno kennt alle Bahnhöfe zwischen Zug und Locarno auswendig). Weil wir es lieben, mit dem Winzer noch ein paar Worte zu wechseln. Und weil es nichts Entspannenderes gibt, als in einer menschenleeren Badi am Genfersee die Sommerferien zu verbringen. Der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft kann so schön sein. Laut www.ecospeed.ch verbrauchen wir mit diesem sehr angenehmen Lebensstil 3200 Watt, die Hälfte des Durchschnittschweizers. Und Sie?

Zurück zum Thema: Wollen wir jetzt also abwarten, bis sich die älteren Damen und Herren in Bern, wenn sie nicht gerade meinungslos sind, geeinigt haben? Auf einen Ausstieg, welcher gar keiner ist? Sie machen auf grün, geben sich atomkritisch, nur weil im Herbst gewählt wird. Die grüne Ausstiegsinitiative will den raschen Ausstieg aus der Atom-Abhängigkeit. Wir brauchen sie definitiv! Wenn wir jetzt Überzeugungsarbeit leisten, schaffen wir die Abkürzung. Die Kinder werden es uns danken. ■

...aber leider wohl nur, um das Gewissen zu beruhigen. Der in Bern beschlossene Atomausstieg heisst: Weitermachen wie gehabt. Es ist irgendwie, als ob man einen 5-Gänger kochen möchte und man hat nichts ausser einem Dösli Aromat. Wie haben die Zeitungen doch euphorisch von einer «historischen Debatte» geschrieben. Aber was wurde genau beschlossen? Der Nichtwiedereinstieg. Nicht aus Einsicht, sondern weil man sich alles andere im Moment nicht leisten kann.

Ich frage mich sowieso immer häufiger: Hat uns denn auch jemand

Paukenschlag, Posse und Ausstieg

Philippe Koch, Redaktor BULLETIN | Illustration benovici.ch und gsoa.ch

4 Ein Paukenschlag stand am Anfang der Legislatur 2007–2011. Bundesrat Christoph Blocher wurde abgewählt. Und auch am Ende der Legislatur gingen die Wogen hoch: Der Nationalrat hat sich in einer ausserordentlichen Session für den AKW-Ausstieg ausgesprochen. Dazwischen waren die Zuger Nationalräte sehr unterschiedlich aktiv: eine Bilanz.

Es war knapp und historisch. Die Abwahl von Christoph Blocher zu Beginn der 48. Legislatur habe ich noch gut in Erinnerung. Auf dem Weg nach Bern in die Nationalbibliothek habe ich auf dem Bundesplatz Halt gemacht. Es war einen Tag nach der Wahl und Eveline Widmer-Schlumpf wollte bekannt geben, ob sie diese annehmen werde. Aus einem Lautsprecher vernahm ich dann früh morgens die Stimme der neuen Bundesrätin. Jubel brach aus auf dem Bundesplatz. Ich hatte ein flaes, glückliches Gefühl im Magen. Unglaublich. Ein sehr emotionaler Start in eine emotionale Legislatur.

Es hat sich gelohnt

Die Abwahl Blochers hat sich aus zahlreichen Gründen gelohnt. Mit Blick auf die Debatte über die Energiewende war sie entscheidend. Im Bundesrat war die Unterstützung für

den Atomausstieg knapp. Widmer-Schlumpf gab letztlich den Ausschlag für den Ausstieg. Mit Christoph Blocher hätte der Bundesrat den Ausstieg nicht unterstützt. Aber nicht alle sahen und sehen das so. Gerhard Pfister, CVP-Nationalrat aus Zug, hat bereits nach der Abwahl verlauten lassen, dass «nicht alle in der CVP die Abwahl goutiert haben».

Pfister, der Kopf der neuen Rechten der CVP

Als Antwort auf die Abwahl versucht Pfister in seiner KMU-Gruppe der CVP den rechten Parteiflügel zu stärken. Als rechter Mann der CVP schliesst er sich insbesondere in umwelt- und ausländerpolitischen Fragen eher der FDP und SVP als seiner eigenen Fraktion an. Dies zeigt sich im Umweltratung aller Nationalräte, das von den Umweltverbänden gemeinsam erstellt wird. Die CVP als

Partei ist dabei in der umweltpolitischen Mitte. 63 Prozent ihrer Stimmen im Nationalrat folgen in umweltpolitischen Vorlagen den Empfehlungen der Umweltverbände. Innerhalb der CVP liegt Gerhard Pfister am Ende der Rangliste. Nur in 17 Prozent aller Fälle stimmt er umweltfreundlich. Dieser Wert liegt knapp über der SVP-Fraktion, aber deutlich unter derjenigen der Grünen (94 Prozent), der SP (94 Prozent) und der GLP (93 Prozent). Pfister ist eher in Reichweite der FDP, die 27 Prozent ihrer Stimmen den Empfehlungen der Umweltverbände folgen lässt. An der Spitze, notabene, steht unser Nationalrat Jo Lang mit 100 Prozent Übereinstimmung.

Zähneknirschende «Windfahne»

In der Sondersession zur Kernenergie musste sich Gerhard Pfister dem Druck seiner Partei beugen. Er hat die Motionen der CVP und BDP unterstützt, die keine neuen Bewilligungen für die bestehenden AKW und den langsamen Ausstieg aus der Atomenergie vorsehen. Die Motion der SP-Fraktion sowie diejenige der Grünen, die ebenfalls den geordneten Ausstieg aus der Kernenergie gefordert haben und von der GLP Unterstützung fanden, hat Pfister abgelehnt. Gleichwohl wurde er gemeinsam mit den anderen AVES-Parlamentariern, die den Ausstieg unterstützen, als «Windfahne» bezeichnet. Soweit so scheinheilig. Denn am Ende der Session zeigte er schliesslich noch sein wahres Gesicht in Umweltfragen. Gemeinsam mit der SVP und der FDP und gegen die Grünen, die SP und die GLP hat Pfister die Motion Rutschmann unterstützt, die die Aufhebung des Verbandsbeschwerderechts bei Energie-Projekten fordert.

Posse der SVP

Wie rechts Pfister auch in gesellschaftspolitischen Fragen steht, zeigt sich in einem Geschäft, das als gezeichnete Posse der SVP bezeichnet



Der Tag, an dem Widmer-Schlumpf «Ja» sagte.

werden kann. Im letzten Sommer wurde im Nationalrat die Weiterführung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung verhandelt. Die Finanzhilfen sind ein erfolgreiches Instrument des Bundes, um die Entstehung von Kinderbetreuungsplätzen zu initiieren. So erfolgreich, dass die Weiterführung an sich unbestritten war; mit Ausnahme der SVP und einer guten Handvoll FDP-Parlamentariern. Die entscheidende Frage jedoch war, in welchem finanziellen Umfang der Bund aktiv werden soll. Zur Auswahl standen 60, 80, 120 und 200 Millionen. Pfister mit einigen CVPlern und der Mehrheit der FDP wollten nicht mehr als 80 Millionen sprechen. Schliesslich kam es zur letzten Variantenabstimmung zwischen 120 und 200 Millionen. 122 Nationalräte und -rätinnen stimmten für 120 und gegen 200 Millionen. Die SVP-Fraktion stimmte hingegen für 200 Millionen. Sie wollte, dass es zur Schlussabstimmung mit den Alternativen keine Weiterführung oder Weiterführung im Umfang von 200 Millionen kommt. In der Schlussabstimmung hätte dann die SVP gemeinsam mit der FDP und Teilen der CVP die Vorlage abschliessen können. Soweit kam es nicht – mit 107 gegen 66 Stimmen wurde die Weiterführung im Umfang von 120 Millionen beschlossen. Gerhard Pfister als einer der wenigen seiner Fraktion stimmt mit der SVP gegen die Weiterführung.

Speisereste und Tierfütterung

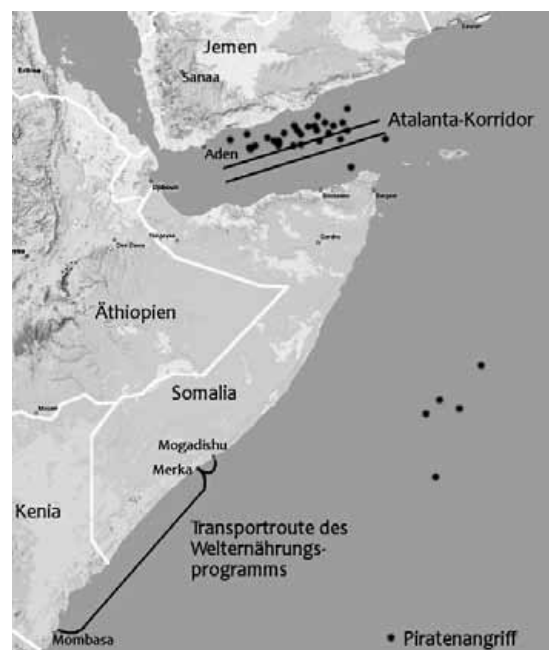
Die Weiterführung der Kinderbetreuung war nicht die einzige Posse der SVP. Gerne sehen sie sich als die Partei, die konsequent ihren Weg geht. Die Abwahl von Blocher und den Ausschluss der SVP Graubündens hat diesen Mythos begraben. Noch 2003 gab Ueli Maurer zu Protokoll, dass Widmer-Schlumpf eine valable und überzeugende Kandidatin der SVP für den Bundesrat sei. Vier Jahre später wird sie ausgeschlossen. Das

Hin und Her in der Debatte über den Staatsvertrag mit den USA zur Beilegung des Steuerstreits der UBS war ein weiteres, aber nicht letztes Zeichen dafür, dass die SVP sich langsam, aber stetig beginnt, an den eigenen Widersprüchen aufzureiben, die sich auch in ihrer Europapolitik zeigen. Man kann nicht Wachstum und Profit predigen und gleichzeitig die Menschen, die das Wachstum und den Profit generieren, ausschliessen.

Was den Zuger SVPler in Bern anbelangt, gibt es wenig Überraschendes zu berichten. Er ist wie die gesamte SVP vor allem konsequent ausländischer-, umweltfeindlich und mit seinen eigenen Anliegen beschäftigt. 8 seiner 21 parlamentarischen Vorstösse hatten die Verfütterung von Speiseresten in der Schweinezucht oder andere Fragen der Schweinehaltung und -verwertung zum Thema. Das nennt man wohl konsequent die eigenen, ökonomischen Interessen verfolgen.

Allianzen und Rechtsstaat

Die Grüne Partei der Schweiz war nicht ursächlich bei der Abwahl von Blocher beteiligt. Mit der Kandidatur von Luc Recordon hat sie jedoch eine erste Bresche geschlagen und die Dynamik entfacht. Als eher kleine Fraktion ist es den Grünen nur möglich, politischen Geschäften zum Erfolg zu verhelfen, wenn sie Allianzen eingeht oder Themen in der Öffentlichkeit lanciert. Jo Lang hat dies in der letzten Legislatur immer wieder erfolgreich gemacht. So war er entscheidend daran beteiligt, dass die Operation Atalanta frühzeitig begraben wurde. Atalanta und die Änderung des Militärgesetzes hätten es



Ein Erfolg von Jo Lang: Die Schweiz macht bei «Atalanta» nicht mit.

ermöglicht, dass sich die Schweizer Armee an einem Einsatz gegen Piraterie vor Somalia hätte beteiligen können. Jo Lang gelang es, insbesondere eine Mehrheit der Linken zu überzeugen, dieses Geschäft nicht zu unterstützen.

Neben vielen anderen Geschäften (Waffen, Umweltschutz, Wohnungsnot) bleibt mir die Grüne Politik dieser Legislatur aber vor allem aus einem Grund in Erinnerung. Es war die Grüne Partei und vor allem auch Jo Lang, die sich immer wieder für die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und gegen eine diskriminierende Ausländerpolitik überzeugend eingesetzt haben. In diesen Themen waren es die Grünen, die selbstbewusst für grundlegende Prinzipien liberaler Staatlichkeit eingetreten sind: Menschenrechte, Freiheitsrechte, Schutz vor Willkür. Hierzu passt auch, dass Jo Lang sich als einer der wenigen Nationalräte aktiv und in der Öffentlichkeit für die Demokratiebewegung im arabischen Raum eingesetzt hat. ■

Mehr Demokratie, autonomere Politik

Susanne Giger, Gemeinderätin Stadt Zug und Nationalratskandidatin der Alternative – die Grünen Zug | Abbildung Alternative – die Grünen Zug

6 Im nächsten Jahr werden zwei Initiativen lanciert, die in meinen Augen massgeblich zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Demokratie beitragen können. Neben ökologischen Anliegen setze ich mich für die Ziele der Initiativen als Nationalratskandidatin der Alternative – die Grünen Zug ein.

Die Initiative für eine Vollgeldreform sowie die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen (bGE) haben das gleiche Ziel, nämlich die Demokratisierung der Wirtschaft durch eine Stärkung der individuellen sowie der kollektiven Freiheit. Das bGE beabsichtigt dies durch die Befreiung des Einzelnen von Zwang und Willkür der Fremdbestimmung, die Vollgeld-Initiative durch die Befreiung der Wirtschaft vom Zwang und der Willkür der privaten Banken.

Monetative, die vierte Staatsgewalt

Mit einer Vollgeldreform und der Einführung einer Monetative sollen keine Banken verstaatlicht werden, sondern es soll lediglich der Geldschöpfungsprozess demokratisiert und transparent gemacht werden. Analog der Judikative, Exekutive und Legislative soll der Monetative die vierte Staatsgewalt zufallen. Der Bundesverfassungsartikel 99 spricht schon heute das alleinige Recht zur Geldschöpfung der Nationalbank zu. Die Realität sieht jedoch ganz anders aus:

Der Haupttreiber des grenzenlosen Geld- und Kapitalwachstums und der sich aufblähenden Spekulations-sphäre ist die Geldschöpfung der Banken. Eine Reform überträgt nun die Kompetenz zur Geldschöpfung der gestärkten Nationalbank/Monetative, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Sie stellt die Vorteile und Gewinne dieser öffentlichen Institution in den Dienst der Gesellschaft und der Realwirtschaft. Die grosse Macht des Finanzsektors bestimmt in wesentlichen Teilen die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und bestimmt die Politik. Der Verein MoMo (Monetäre Moder-

nisierung) möchte mittels einer Volk-sinitiative die Souveränität über das Geld- und Bankenwesen, ein Grundelement der Demokratie, wieder herstellen.

Autonomie durch das bGE

Das bedingungslose Grundeinkommen (bGE) wird bis jetzt vor allem in Deutschland gross diskutiert, weil die Petition von Susanne Wiest innerhalb von wenigen Wochen mit 50'000 Unterschriften eingereicht werden konnte und somit im letzten November vor den Petitionsausschuss des Bundestages kam.

Die Idee zu einem bGE ist nicht neu und war sogar schon in der Antike ein Thema. Auch Thomas Morus spricht in seinem Werk «Utopia» davon, dass Menschen ohne Besitz ein Bürgergeld erhalten müssten! Bei uns befassen sich verschiedene Gruppierungen mit dem bGE. Eine davon ist die Stiftung «Kulturimpuls Schweiz», die sich von einem bGE eine liberalere, sozialere und ökologischere Schweiz verspricht.

Das bGE ermöglicht, dass Menschen vermehrt aus der Kraft ihrer je eigenen Antriebe und Talente tätig werden können – aus freiem Willen, aus eigener Initiative, aus persönlicher Betroffenheit; zum Wohle der Gesellschaft als Ganzes. Es schafft Freiraum für mehr Selbstverantwortung und vereinfacht das staatliche Sozialwesen.

Sehr wichtig ist der Aspekt: «bedingungslos». Das Grundeinkommen darf also an gar keine Bedingung geknüpft sein. Das macht einen wesentlichen Teil der Geschichte für mich aus. Abgesehen von der Finanzier-



Unsere Nationalratskandidatin Susanne Giger

barkeit, die nach meinen Informationen ausser Frage steht, gibt es tatsächlich viele spannende Punkte zu diskutieren. Dabei ist jener, ob das Grundeinkommen faul mache, wohl hauptsächlich eine Frage des Menschenbildes. 63 Prozent der befragten Menschen geben an, mit einem bGE würden sie weiterarbeiten wie bis anhin – nur besser! 20 Prozent würden weniger oder etwas anderes arbeiten. Im Gegenzug behaupten 83 Prozent, alle anderen würden das nicht tun! «Gut Ding will Weile haben», ich weiss, und Neues braucht Zeit, um in den Köpfen der Menschen anzukommen. Neben dem Einsatz für saubere, atomstromfreie Energie und für die Reduktion der CO2-Emissionen sowie für einen wirksamen Landschaftsschutz sind die Vollgeldreform und das bGE für mich die beiden Themen, für die ich meine Energie einsetzen werde – auch im Nationalrat! ■

Fitness für die Wirtschaft

Andreas Hürlimann, Kantonsrat, Co-Präsident und Nationalratskandidat der Alternative – die Grünen Zug | Abbildung Alternative – die Grünen Zug

Seit 2007 engagiert sich Andreas Hürlimann im Zuger Kantonsparlament. Seit letztem Jahr ist er Co-Präsident der Alternative – die Grünen Zug. Seine Politik ist geprägt von konstruktivem Dialog über die Parteigrenzen hinweg und Sachlichkeit im Interesse der grossen Mehrheit der Bevölkerung. 2011 kandidiert er für den Nationalrat.

Dank Mischung aus guten (aber heute noch wenig nachhaltigen) Wirtschaftsbedingungen und hoher Lebensqualität ist die Schweiz und dabei auch insbesondere Zug als Region gut positioniert. Die Schweizer Wirtschaft ist leistungsfähig. Wir sind, betrachten wir den Zustand der Weltwirtschaft, aber auch absolut gesehen, in einer sehr guten Situation. Das will ich – als Grün denkender Bürger – erhalten, aber auch zukunftsfähig machen. Einiges muss anders werden, wenn wir die Chancen unserer Zeit ergreifen wollen – und wir müssen sie ergreifen, sonst gefährden wir das Erreichte.

Echte Wohnbaupolitik

Die Achillesferse der Wirtschaftsstruktur ist die Einseitigkeit, mit der sich vor allem die Zuger «Wirtschaftspolitik» auf den Steuerwettbewerb konzentriert. Der Kanton Zug sollte hier – als einer der Marktführer in der «Branche der Steuersenker» – neue, mässige Akzente setzen und diesen Wettbewerb moderat betreiben. Als einziges links-grünes Mitglied der engeren Staatswirtschaftskommission versuche ich immer wieder, den engen Blick von der rein finanziellen Betrachtung zu lösen und auf das zu lenken, was wirklich zählt: die Auswirkungen auf die Bevölkerung und unsere Umwelt. Denn die entscheidende Frage ist schon länger nicht mehr: «Kann ich Steuern sparen?»; die relevante Frage müsste lauten: «Kann ich Geld sparen?». Denn hauptsächlich aufgrund des überdurchschnittlichen Wachstums der Miet- und Immobilienpreise hat unter anderem auch unser Kanton für den breiten Mittelstand an Attraktivität

eingebüsst. Was zu einem grossen Teil auf die übertriebene Steuer- und Wachstumspolitik zurückzuführen ist. Da nützen auch weitere Steuerabzüge für kleine und mittlere Einkommen nichts. Was wir brauchen, ist eine echte Wohnbaupolitik, welche preisgünstigen Wohnbau fördert. Zum Beispiel mit Geld aus der Abschöpfung von Planungsgewinnen bei Bauland-Einzonungen.

Grüne Wirtschaft

Unsere Wirtschaft ist aber auch allgemein mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert, die unsere Industriegesellschaft überall kennzeichnet: ein zu hoher Energie- und Rohstoffverbrauch.

Der Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft mit weitgehend geschlossenen Ressourcen-Kreisläufen ist eine Notwendigkeit. Unsere grüne Wirtschaftsinitiative gibt hier einen Weg vor, wie wir dies schaffen können. Diejenigen Unternehmen, Kommunen und Haushalte, welche diese Entwicklung schnell vollziehen, sind zukünftig klar im Vorteil. Denn sie schaffen Arbeitsplätze und haben den Energiebedarf so angepasst, dass sie problemlos ohne AKW oder fossile Grosskraftwerke auskommen.

Besonders der Kanton Zug, aber auch die Schweiz als Land ist aufgrund der guten Finanzsituation in der Lage, mit zukunftsorientierten Investitionen die Weichen in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft zu stellen und der privaten Wirtschaft Orientierungshilfen zu geben.

Zukunftsfähige Mobilität

Auch unserer Mobilität kommt in der Energie- und Klimadiskussion eine



Unser Nationalratskandidat Andreas Hürlimann

entscheidende Rolle zu. Dass die Schweiz die Kyoto-Ziele nicht erreicht, hat wesentlich damit zu tun, dass wir noch ein gutes Stück von einer umweltverträglichen Mobilität entfernt sind. Dabei können wir saubere und bezahlbare Mobilität für alle auf Dauer nur gewährleisten, wenn wir uns von den fossilen Brennstoffen wie Erdöl oder Erdgas unabhängig machen.

Grüner Nationalrat

Diese hier kurz angesprochenen Veränderungen werden unserer Wirtschaft beim Weg in die Zukunft nützlich sein und ermöglichen eine leistungsfähige und nachhaltige Wirtschaft, die eine wesentliche Basis einer gesunden, lebenswerten Gesellschaft ist. Dafür setzen wir Grünen uns ein. Auch im Nationalrat der nächsten Legislatur. ■

Die AKW sind das wahre Risiko

Josef Lang, Nationalrat Alternative - die Grünen Zug | Bild Paula Gisler

8 Gegen die Pläne des Ständerates, die Militärausgaben massiv zu erhöhen, wehrte sich unser Nationalrat in der grossen Kammer.

Die Zukunft der Schweizer Armee ist völlig offen. Die unseriösen Show-Beschlüsse des Ständerates verstärken die Unübersichtlichkeit und



1970 kam es beinahe zu einem AKW-Unfall: Ein Swissair-Flugzeug stürzte unweit von Beznau in einen Wald, nachdem an Bord eine Bombe explodiert war.

schaffen zusätzliche Verwirrung. Die NZZ titelte: «Finanzpolitischer Schlendrian bei der Armeeplanung». Darunter standen Sätze wie: «Der Ständerat mutierte am Mittwoch zum Kasino». (3.6.2011) Im Tages-Anzeiger und im Bund war zu lesen: «Der bürgerliche Schulterchluss ist eine Show, die der Armee nichts nützt. Mit simplen Pro-Militär-Demonstrationen lässt sich die Verunsicherung darüber, was unsere Armee im heutigen Umfeld überhaupt noch leisten soll, nicht verschrecken». (3.6.2011)

Kasino-Militarismus

Was insbesondere in den beiden si-

cherheitspolitischen Kommissionen abläuft und sich dann in den Fraktionen und im Plenum durchsetzt, kennen wir von den Brüdern Grimm:

«Spieglein, Spieglein an der Wand, welches ist die wehrhafteste Fraktion im Land?» Tatsächlich geht es mehr um Schaulaufen als um nüchterne Analysen.

Dabei hat die Wirklichkeit schlagartig klar gemacht, wo die realen sicherheitspolitischen Herausforderungen sind. Die grösste Gefahr, die bedeutendste Bedrohung, das relevanteste Risiko steckt in den Atomkraftwerken, in der Klimaerwärmung und in der Ressourcenverknappung. Die Sonderdebatte zu den AKW und zur Energie ist sicher-

heitspolitisch viel relevanter als die Entscheide über das Rüstungsprogramm. Der Ausstieg aus der Atomenergie und die Förderung erneuerbarer Energien ist sicherheitspolitisch tausendmal wichtiger als der Kauf neuer Kampfjets. Oder der Kauf neuer AMRAAM-Raketen.

Von Freunden umzingelt

Der Bundesrat behauptet, die Bedrohungslage habe sich durch weiterentwickelte oder neue Lenkwaffen mit modernster Technologie verändert. Diese Argumentation setzt voraus, dass es in Europa zu einer grösseren militärischen Konfrontation mit Staaten kommen könnte, deren

Luftwaffe tatsächlich auf diesem modernsten Stand ausgerüstet ist. Ein solches Szenario ist schlicht und einfach derart unrealistisch, dass es sich nicht lohnt, dafür so viel Geld auszugeben. Die Schweiz ist von Freunden und Partnern umzingelt. Die Wahrscheinlichkeit, dass solche Waffen während ihrer Lebensdauer eingesetzt werden müssten, liegt bei Null. Auf jeden Fall ist die Gefahr eines AKW-Unfalls bedeutend grösser. Interessant ist, dass die gleichen Kreise, welche das reale Risiko von AKW-Unfällen kleinreden, das irreal Risiko eines Krieges in Europa herbeireden. ■

Zimmerberg oder Kampfjets?

(Jl) Am 1. Juni hat der Ständerat beschlossen, die Armee grösser (100'000) zu gestalten, als dies der Bundesrat (80'000) vorschlägt. Weiter hat er diesen beauftragt, entgegen seiner Absicht neue Kampfjets sofort zu kaufen. Gemäss einer internen Studie der Finanzverwaltung lässt sich der «Wunschzettel des Ständerates» (Tages-Anzeiger 8.6.2011) nur mit massiven Einsparungen in anderen Bereichen finanzieren. So sollen ausgerechnet beim Verkehr jährlich 550 Millionen Franken eingespart werden. Bei der Bildung und Forschung sind es 440 Millionen. Bei der Landwirtschaft 220 Millionen und bei der Entwicklungshilfe 160 Millionen. Damit stellt der Ständerat auf den Wahlherbst hin beispielsweise den Zuger Bürgerinnen und Bürgern die folgenden Fragen: Was findet ihr dringlicher, eine durchgehende Doppelspur zwischen Luzern und Zürich oder neue Kampfjets? Braucht unser Werkplatz vor allem Bildung und Forschung oder gleich viel Soldaten wie die zehnmals grössere BRD? Was ist für gesunde Lebensmittel wichtiger: die Ökologisierung der Landwirtschaft oder das Füttern einer aufgeblähten Armee? Vergessen wir nicht: Um den Ausstieg aus der Atom-Energie zu finanzieren, muss der Bund in den nächsten Jahren Milliarden in die erneuerbaren Energien investieren.

Jahr der Freiwilligen

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Kanton Zug | Illustration Kanton Zug

Wir stehen mitten im europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011, das vom Europarat ausgerufen wurde. Gesellschaftliche Bedeutung der Freiwilligenarbeit sichtbar machen und die Anerkennung des freiwilligen Engagements optimieren, das sind die Ziele. Nicht nur für den Europarat ist die Freiwilligentätigkeit ein Thema. Der Zuger Regierungsrat hat sich als Legislatur-Ziel 2010-2014 die Förderung der Freiwilligenarbeit gesetzt.

Die Direktion des Innern hat einen Bericht zur Freiwilligenarbeit im Kanton Zug erstellen lassen. Der Kanton Zug hat es als einziger Kanton geschafft, deutlich mehr Menschen zu einer freiwilligen Tätigkeit in einem Verein oder einer Organisation zu bewegen. Im Bereich der formellen Freiwilligenarbeit (Vereine, Organisationen) liegt der Kanton Zug mit 38% der Wohnbevölkerung über 15 Jahre schweizweit auf Platz 3. Nicht erstaunen dürfte, dass der Kanton Zug mit einem Anteil an Spenderinnen und Spendern von 87% an der Spitze der Kantone liegt. Nur bei der informellen Freiwilligenarbeit (z.B. Nachbarschaftshilfe) nimmt unser Kanton mit 31% einen mittleren Platz ein. Noch vor vier Jahren war der Kanton Zug auf dem vorletzten Platz bei der informellen Arbeit. Die Platzierung nach vorne kam dadurch zustande, dass Zug und Schaffhausen die einzigen Kantone sind, die keine Abnahme in diesem Bereich zu verzeichnen haben.

Kanton Zug an der Spitze

Unser gutes Abschneiden im Bereich der Freiwilligenarbeit hat sicher auch damit zu tun, dass der Kanton seit rund zehn Jahren die Förderung besonders der formellen Freiwilligentätigkeit mit öffentlichen Geldern

unterstützt hat. Weiter finanziert er auch eine jährliche Anerkennungsfeier, die von BENEVOL Zug im Auftrag des Kantons durchgeführt wird.



Am 5. Dezember 2011 wird der Regierungsrat des Kantons Zug erstmals den PRIX «ZUG ENGAGIERT» verleihen.

Was kann noch gemacht werden?

Auch bei der Freiwilligenarbeit ist Integration ein Thema. Freiwilligentätigkeit integriert längst nicht alle sozialen Schichten und Gruppen gleich, das soziale Gefälle wird eher noch zementiert. Die Empfehlung für den Kanton Zug lautet denn auch, dass folgende Gruppen besonders gefördert werden könnten: vermehrt Frauen in Vereine, Männer in den sozialen Bereich, generell Jugendliche und junge Erwachsene, ältere Menschen und Migrantinnen und Migranten.

Anerkennungspreis

Die Regierung hat beschlossen, für die Jahre 2011 bis 2013 einen Anerkennungspreis in der Höhe von 5'000 Franken zu vergeben. Dies wird erstmals am 5. Dezember 2011 der Fall sein. Ausserordentliches Engagement erfährt damit eine Würdigung in der breiten Öffentlichkeit. Denn freiwillige und ehrenamtliche Arbeit findet oft im Stillen ausserhalb des Scheinwerferlichts statt. Teilnehmen können Vereine, Organisationen, Gruppierungen und Firmen – also alle, die Freiwilligenarbeit leisten. Mehr dazu findet sich auf der Website der durchführenden Organisation: www.benevol-zug.ch

Seitenwechsel

Der Kanton ermöglicht es interessierten Mitarbeitenden, im Rahmen ihrer Weiterbildung einen mehrtägigen Einsatz in einer sozialen oder gemeinnützigen Institution zu absolvieren. Dabei können neue Erkenntnisse für die Aufgabe in der Verwaltung gewonnen, persönliche Sozialkompetenz gefördert, neue berufliche und persönliche Perspektiven erkannt, frische Motivation erfahren und neue Handlungsansätze im eigenen Arbeitsumfeld entdeckt werden.

Anerkennungsfeiern

Nebst der bereits traditionsgemässen Anerkennungsfeier, welche dieses Jahr am 28. September in Cham stattfindet, wird auch ein Dankes Anlass von Jungwacht, Blauring und Pfadi am 22. Juni auf dem Stierenmarktareal stattfinden. Zwischen 300 und 400 Leiterinnen und Leiter werden erwartet und sollen sich für einmal verwöhnen lassen. ■

Potz 2tausend

Thomas Ehrensperger, Mitglied Initiativkomitee 2000 Watt für Zug, Zug |
Illustration Minergie-Eco®

10 Mit 51.5% hat die Zuger Stimmbevölkerung am 15. Mai die Volksinitiative ‚2000 Watt für Zug‘ angenommen. Dies ist ein grosser Sieg der offen denkenden StadtzugerInnen mit einem Verantwortungsbewusstsein für spätere Generationen und unseren Planeten. Mit diesem Entscheid ist der Weg frei für eine breite Informationskampagne zur Sensibilisierung der ZugerInnen für ihren persönlichen Energieverbrauch.

Wann liebe Leserin, lieber Leser haben Sie Ihren ökologischen Fussabdruck gemessen und nach Einsparungsmöglichkeiten überprüft? Z.B. bei www.footprint.ch. Bevor die demokratischen Mühlen der Stadt ihren ersten Massnahmenkatalog ausspucken, sind wir aufgerufen, vor unseren eigenen Türen zu wischen. Eigentlich eine sportliche Aufgabe, freue ich mich doch jedes Jahr, wenn die WWZ-Stromverbrauchsübersicht einige Prozente weniger zeigt. Und wenn der Biobauer in der Nachbarschaft bald meinen ganzen Nahrungsmittelbedarf mit saisonalen Produkten abdecken kann, bin ich schon richtig glücklich. Nur die wirklich grossen Brocken sind das noch nicht. Oft wird das Initiativkomitee reichlich fordernd gefragt. Und? Sagt mir nun, wie wir die 2000-Watt-Gesellschaft erreichen wollen! Diese berechtigte Frage lässt sich nicht mit einer langen Auflistung von möglichen Massnahmen beantworten. Wichtig scheint mir, dass wir bereit sind, uns auf einen langen, stetigen Umsetzungsprozess einzulassen. Es hat keinen Zweck, mit einem Schnellschuss falsche Hoffnungen zu wecken. Die einzelnen Massnahmen müssen mehrheitsfähig sein, sonst bringen sie keinen Effekt. Daher muss nun unter Einbezug verschiedenster Interessengruppen ein Masterplan erarbeitet werden. Dort sollen die Meilensteine zur Erreichung der Ziele und die nötigen Umsetzungsziele formuliert werden. ■

Für all jene, welche nicht auf konkrete Vorschläge verzichten können, hier meine zehn persönlichen Favoriten:

- Obligatorischer Energieausweis für alle Gebäude in der Stadt Zug: Wie bei der Energieetikette für Haushaltsgeräte zeigt der Gebäudeenergieausweis GEAK anhand einer Klassierung, welche energetische Qualität ein Gebäude aufweist. Besitzer von Immobilien erhalten damit eine Bewertung ihrer Liegenschaft in Bezug auf deren Gesamtenergieeffizienz (Gebäudehülle, Haustechnik und elektrische Einrichtungen). Weiter enthält der GEAK Empfehlungen zu konkreten Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz
- Stadt baut nach dem Gebäudestandard 2008 und setzt bei Neubauten den Minergie-ECO-Standard wenn immer möglich um:

MINERGIE-ECO®			
	MINERGIE®	ECO	
Mehr Lebensqualität	Komfort Hohe thermische Behaglichkeit durch gut gedämmte und dichte Gebäudehülle Hohe Behaglichkeit durch sommerlichen Wärmeschutz Systematische Lüfterneuerung, vorzugsweise mit Komfortlüftung, bei Neubauten und Wohnbausanierungen	Gesundheit Optimierte Tageslichtverhältnisse Geringe Lärmimmissionen Geringe Schadstoffbelastung der Raumluft durch Emissionen von Baustoffen Geringe Immissionen durch ionisierende Strahlung (Radon)	Licht
			Lärm
Geringe Umweltbelastung			Raumluft
	Energieeffizienz: Für eine definierte Nutzung liegt der gesamte Energieverbrauch um mindestens 25 % und der fossile Energieverbrauch um mindestens 50 % unter dem durchschnittlichen Stand der Technik.	Bauökologie Gut verfügbare Rohstoffe und hoher Anteil an Recyclingbaustoffen Baustoffe mit geringer Umweltbelastung bei der Herstellung und Verarbeitung Einfach rückbaubare Konstruktionen mit Baustoffen, die verwertet oder umweltschonend entsorgt werden können	Rohstoffe
			Herstellung
			Rückbau

- WWZ muss Energieeinspeisung von Privaten erlauben und eine kostendeckende Einspeisevergütungen zahlen, evtl. mit einem Anteil von der Stadt. Grossverbraucher sollen den gleichen Strompreis zahlen müssen wie Haushalte. Der daraus hervorgehende Mehrertrag für die WWZ soll die Ausgaben bei den Einspeisevergütungen abdecken.
- Alle städtischen Gebäude mit 100 % erneuerbaren Energien versorgen. Heizung, Warmwasser sowie Elektrizität.
- Förderbeiträge für Projekte zur Erzeugung von alternativen Energieformen massiv erhöhen und die Projekte aktiv fördern. Z.B. den Bau von thermischen Solar- und Photovoltaikanlagen auf Dächern von Privaten.
- Bonussteuer für alle Personen, welche kein Motorfahrzeug besitzen.
- Alle Bauprojekte in der Stadt von einer Fachstelle auf 2000-Watt-Tauglichkeit überprüfen und interessierte Personen beraten lassen.
- Jedes Jahr ein herausragendes Energie-Spar-Projekt prämiieren. Sei es ein besonders gelungenes Bauprojekt oder eine Firma, welche besonders grosse Anstrengungen getätigt hat.
- Verträge mit Grossproduzenten von erneuerbarer Energie abschliessen. Anteile an Windparks in der Nordsee oder von Sonnenfarmen in Spanien kaufen.
- Industrie und Gewerbe mit Bonussteuern zu jährlichen Energiereduktionen anspornen.

«Unsere Parlamentarier»

Philippe Koch, Redaktor BULLETIN | Illustration BULLETIN

Die AVES (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz) ist die Lobbyorganisation der Atomwirtschaft. Sie führt nicht nur zahlreiche Info-Anlässe in der ganzen Schweiz durch, um die vermeintlichen Vorzüge der Atomenergie zu preisen. Nein, sie verfügt auch über «eigene Parlamentarier», die die Atom-Interessen in der Politik durchsetzen sollen. Die AVES-Regionalgruppe in Zug wird vor allem von der FDP und CVP getragen.

Wo AVES drauf steht, ist die AKW-Industrie drin. Hinter den Zielen einer «vernünftigen Energiepolitik» und einer «Versachlichung der Energiediskussion» steht letztlich das Interesse der Atomindustrie, den Energie-Mix in der Schweiz zu bewahren. Entsprechend der bürgerlichen Logik: So wie es ist, ist es gut und vernünftig – vor allem wenn Profit gemacht werden kann. Die Aktivitäten der AVES Schweiz beschränken sich nicht auf informative Ausflüge in die AKW der Schweiz – so wie etwa die Regionalgruppe Zug, die 2009 nach Beznau gepilgert ist. Die AVES verfügt auch über «eigene Parlamentarier».

AVES = FDP + CVP + SVP

Wie viele sind es und wer sind diese Parlamentarier? In der ausgehenden Legislatur verfügte die AVES – gemäss eigenen Angaben – über 95 Mitglieder in der Bundesversammlung. Mehr als ein Drittel der VolksvertreterInnen sind also Mitglied der AVES. Im Ständerat verfügt die AVES sogar fast über eine Mehrheit: 21 von total 46 sind AVES-Mitglieder. Auf die Debatte über den Atomanstieg im Ständerat, die auf den September angesetzt ist, kann man also gespannt sein.

Welchen Parteien sind die AVES-Mitglieder zugehörig? Alle 12 FDP-Ständeräte (mit Ausnahme des Neuenburgers Comte) sind AVES-Parlamentarier. In der CVP sind es 5 Ständeräte und bei der SVP bezahlen 5 der 7 Ständeräte der AVES Mitgliederbeiträge. Im Nationalrat ist die Dominanz weniger erdrückend: Von den 35 FDP-

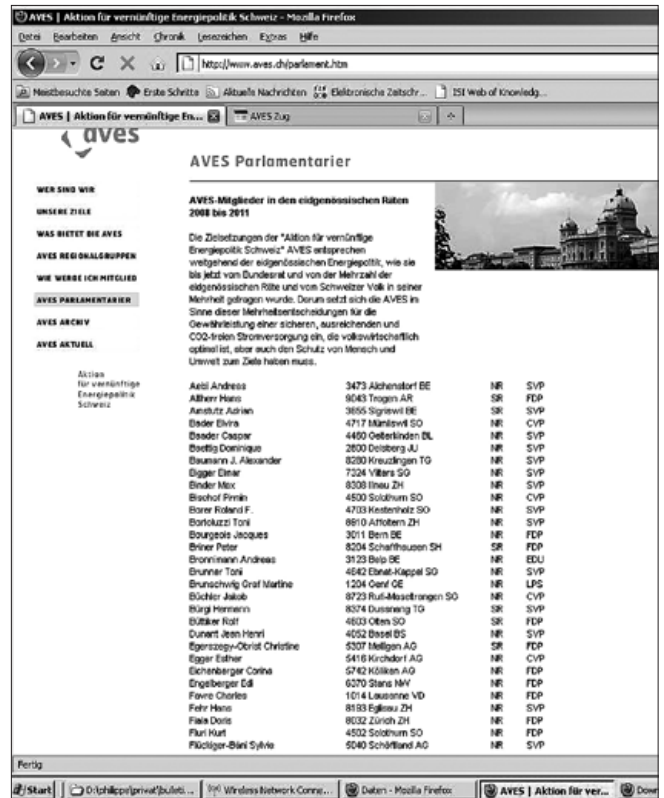
Nationalräten sind 16 AVES-Mitglieder; bei der CVP sind es 14 von 35 Nationalräten. Spitzenreiterin ist die SVP: 43 ihrer 61 Nationalräte sind AVES-Mitglieder.

AVES Zug und die FDP

Auch in Zug hat die AVES prominente Mitglieder. Gerhard Pfister, CVP-Nationalrat und Wahlkampfleiter, ist AVES-Parlamentarier; Marcel Scherer sowieso. Keine Überraschung also, dass das politische und organisatorische Zentrum der AVES in Zug liegt. Rolf Schweizer, Ständerat der FDP Zug, ist Präsident der AVES Schweiz. Vize-Präsident der AVES Schweiz ist Konrad Studerus, ehemaliger Kantonsrat der CVP Zug. Studerus bildet denn auch die Brücke zur AVES-Regionalgruppe in Zug.

Im Unterschied zum Mutterhaus hält sich die AVES Zug bezüglich ihrer Mitglieder neuerdings bedeckt. Waren die politischen Verbindungen noch bis im März 2011 öffentlich auf dem Netz einsehbar, sind sie auf der neuen Website mehr oder weniger verschwunden. Just mit dem Startschuss in den Nationalratswahlkampf hat die AVES Zug offenbar entschieden, weniger transparent zu informieren. Das Ultimatum der GLP-Präsidentin

an die FDP, Schweizer nicht mehr auf die Ständerats-Liste zu setzen, hat sicher nicht unwesentlich dazu beigetragen, die offensichtliche Verstrickung der FDP Zug mit der AVES Zug diskreter zu halten. Trotzdem, ein Blick in den Vorstand genügt, um die Dominanz der FDP festzustellen. Drei von sechs Vorstandsmitgliedern gehören der FDP an und zwei der CVP. Auch der FDP-Nationalratskandidat Bruno Pezzatti ist ein gern gesehener Gast an AVES-Anlässen. Und wenn er sich also, wie er verspricht, auf natio-



So transparent wie die AVES Schweiz ist die AVES Zug leider nicht: Liste der Parlamentarier der AVES Schweiz

naler Ebene schwerpunktmässig mit Umweltpolitik befassen will, dann lässt sich aus grüner Perspektive nicht viel Gutes erhoffen. Bei den letzten Nationalratswahlen war eines seiner politischen Anliegen «die langfristige gesicherte Energieversorgung, einschliesslich neuer AK-Werke». ■

Uranabbau zerstört die Umwelt

Greenpeace | Illustration Greenpeace

12

AKW benötigen Unmengen von Uran. Uran bringt viele Nachteile mit sich. Der Uranabbau verseucht Wasser, Luft und Boden radioaktiv. Uran ist eine endliche Ressource. Der Aufwand für die Urangewinnung ist riesig. Die Verwertung von Uran im AKW ist jämmerlich schlecht. Der Abbau von Uranerz hinterlässt schliesslich riesige radioaktiv verseuchte Gebiete.

Uran ist ein radioaktiv strahlendes Element, das bereits in seinem natürlichen Vorkommen eine gewisse Gefahr für Mensch und Umwelt darstellt. Wird Uran abgebaut, um daraus Reaktorbrennstoff herzustellen, werden diese Gefahren für Mensch und Umwelt vervielfacht. Das liegt daran, dass das Uranerz-Gestein zu feinstem Sand zermahlen und mit Säuren und Laugen behandelt wird. Dabei wird nicht nur das Uran ausgesondert, sondern es werden auch die radioaktiven Tochterprodukte des Urans herausgelöst und mobilisiert.

Viel Abfall für wenig Energie

Der Betrieb eines AKW mit einer Leistung von rund 1'000 Megawatt (MW) benötigt 160 bis 175 Tonnen frisches Uran pro Jahr. Der Urangehalt der meisten Lagerstätten, an denen heute Uran abgebaut wird, bewegt sich zwischen 0,1 und 0,5 Prozent. Nur in vereinzelt Ausnahmefällen erreicht er höhere Werte von bis zu 18 Prozent. Fällt der Urangehalt unter 0,03 Prozent, können Lagerstätten kaum mehr wirtschaftlich ausgebeutet werden. Bei der Urangewinnung fallen riesige Mengen von festen und flüssigen Abfällen an. Bei tiefen Urangehalten pro AKW und Betriebsjahr mehrere Hunderttausend Tonnen feste und mehr als eine Million Liter flüssige Abfälle. Dabei bleiben 85 Prozent der Radioaktivität in diesen Abfällen zurück.

Der Abbau wird von wenigen Firmen kontrolliert und findet heute vor allem in Kanada, Australien, Kasachstan, Russland, Niger, Namibia, Usbekistan und den USA statt. 2007 wurden weltweit etwas mehr als 41'000 Tonnen Uran gefördert, über

60 Prozent davon im Über- und Untertage-Bau. Wird weiterhin so viel Uran verbraucht wie heute, sind die bekannten Vorräte in rund 70 Jahren erschöpft. Würde auf der ganzen Welt bis 2030 sechsmal so viel Atomstrom produziert wie heute – denn solche Pläne existieren –, dann wären die Uranvorräte bereits in 18 Jahren verbraucht. Der Uranabbau ist also nicht nur ein höchst schmutziges Geschäft, sondern auch eines, das die langfristige Stromversorgung nicht sichern kann. Über viele weitere Generationen werden nur die Schäden bestehen bleiben.

Atomenergie – eine Belastung für das Klima

Heute schon belastet der AKW-Betrieb das Klima in hohem Mass. Der Grund: Der Abbau und die Anreicherung des Urans sind sehr energieintensiv. Zu einem grossen Teil kommen dabei Erdöl (Treibstoff für Bergbau-Maschinen) und Kohle (Strom für Anreicherungsfabriken) zum Einsatz. In Zukunft wird der Energiebedarf beim Uranabbau tendenziell deutlich ansteigen, da immer weniger ergiebige Uranlagerstätten abgebaut werden müssen, wenn die guten Lagerstätten erschöpft sind. Damit verschärft sich auch die Klimaschädlichkeit der Atomenergie.

Auf Kosten indigener Völker

Die weltweit bekannten Vorräte liegen zu rund 70 Prozent auf dem Land indigener Völker, vor allem in Kanada und Australien. Diese Völker sind von den schweren Gesundheits- und Umweltfolgen des Uranabbaus besonders betroffen, ohne am wirtschaftlichen Erfolg der Firmen teil-

zuhaben. Oft sind Untertage-Minen nicht genügend durchlüftet, um die Gefahr der Radioaktivität zu verringern. Viele indigene Arbeiter sind darum an Lungenkrebs und Leukämie erkrankt. Sehr oft wurde ihnen als Lohn Baumaterial aus Uranminen zur Verfügung gestellt, um ihre Häuser zu bauen. Ganze Familien haben deshalb in ihren Wohnräumen jahrelang radioaktive Luft eingeatmet.

Schwere Schäden

Beim Abbau des Urans entstehen gewaltige Mengen radioaktiv strahlender Abraum. Da für die Weiterverarbeitung des Uranerzes aggressive Chemikalien verwendet werden müssen, werden die Gewässer und Böden der Region zusätzlich mit Rückständen von Schwefelsäure, Quecksilber, Arsen und anderen Chemikalien kontaminiert. Ein weiteres ökologisches Problem entsteht in den sehr trockenen Abbaugebieten in Australien oder Niger durch die riesige Wassermenge, die beim Abbau benötigt wird. Je nach Art des Vorkommens, nach Abbaumethode und Lagerung vergiften diese Uran- und Schwermetallverbindungen in den Abraumhalden das Trinkwasser oder verseuchen als Staubwolken grosse, auch weit entfernte Gebiete. Bei der Gewinnung von Uran wird auch das gefährliche Zerfallsprodukt Radon in verstärkter Masse freigesetzt. Das farb- und geruchlose Edelgas entweicht aus den Aufbereitungsanlagen, Halden und Mülldeponien und bewirkt bei lange andauernder Belastung ein deutlich erhöhtes Lungenkrebsrisiko.

Ein Beispiel aus Kanada

Die weltweit grösste Nuklearfirma heisst AREVA (ehemals COGEMA). Mit ihren Betrieben in über 40 Ländern nutzt sie die Schwäche der oft indigenen Bevölkerung in besonderem Mass aus. Das Unternehmen ist mit 37,1 Prozent an der Cigar Lake Mining Corp. (CLMC) in Saskatche-



Greenpeace-MitarbeiterInnen untersuchen verstrahlten Sand in der Umgebung der Uranerzmine in Niger.

wan beteiligt. Vor einigen Jahren brachen Grundwasserströme in die Mine ein und liessen sie «absaufen». Bergarbeiter wurden gefährdet. Sprachen sie öffentlich über die mangelnde Sicherheit, wurden sie Repressalien ausgesetzt. Selbst die Betreiberfirma gab zu, dass die Mine auf Jahre hinaus nicht mehr in Betrieb gehen kann, doch wolle man das Uranvorkommen von 150'000 Tonnen nicht aufgeben.

Ein Beispiel aus Deutschland

Von 1946 bis 1990 förderte die Wismuth GmbH bei Ronneburg in Deutschland insgesamt 220'000 Tonnen Uran. Da der Urangehalt bei 0,07 Prozent lag, ist mehr als 99,9 Prozent des bewegten Materials Abraum. Die Folgen für die Umwelt sind im sächsischen Schlema immer noch zu sehen: Über 300 Millionen Kubikmeter Abraumhalden, 160 Millionen Kubikmeter giftiger und radioaktiver Schlammseen, kontaminierte Aufbereitungsanlagen. An der Sanierung des wohl grössten Landschaftsschadens in Deutschland wird seit über

15 Jahren gearbeitet. Wismuth setzt dafür 2'200 Mitarbeitende und 13 Milliarden Euro ein. Andere Staaten könnten solche Kosten für die Sanierung nie tragen. Der Staat anerkennt bereits heute über 5'000 Lungenkrebs-Kranke als Folge des ostdeutschen Uranbergbaus. Weitere mögliche Folgen, die oft nicht erfasst werden, sind Fehlgeburten, Allergien und Immunschwächen.

Loch im Entsorgungsnachweis

Für den Abbruch ihrer AWK und die Entsorgung des direkt in der Schweiz verursachten Atommülls müssen die Schweizer AKW-Betreiber einen umfassenden Entsorgungsnachweis erbringen. Für jede Kilowattstunde Atomstrom müssen sie überdies einen gewissen Betrag in den Stilllegungs- und den Entsorgungsfonds einlegen, damit die künftigen Kosten gedeckt werden können. Keinerlei Entsorgungsnachweis verlangt das Schweizer Kernenergiegesetz dagegen für das riesige Atommüll-Problem, das bei fertig ausgebeuteten Uranminen im Ausland zu bewälti-

gen ist. Und noch weniger fordert das Gesetz von den Betreibern bestehender und den Planern neuer AKW, entsprechend ihrem Verursacher-Anteil das nötige Geld beiseite zu legen, damit stillgelegte Uranminen den Geboten des Strahlenschutz entsprechend saniert und wiederhergestellt werden können.

Fest steht: Mit dem Preis, den sie für das Uran bezahlen, aus dem der schweizerische Kernbrennstoff entsteht, sind diese Sanierungskosten bei weitem nicht gedeckt.

Es ist eine Schande, dass das schweizerische Kernenergiegesetz keinen Entsorgungsnachweis für die Millionen von Kubikmetern Atommüll fordert, die bei der Gewinnung des Urans, das hinterher in Schweizer AKW abgebrannt wird, anfallen. Denn nach unseren Strahlenschutzvorschriften müsste jeder Kubikmeter als radioaktiver Abfall klassifiziert und entsorgt werden, sobald er in die Schweiz importiert würde. ■

Wem gehören die Schweizer AKW?

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Grüne Fraktion, Zug | Bild Paula Gisler

14

Der langfristige Ausstieg aus der Atomenergie, wie ihn der Bundesrat vorgeschlagen und der Nationalrat bestätigt hat, ist Thema Nummer 1 der Schweizer Politik. Dabei wird eine zentrale Frage bisher nur als Randnotiz behandelt – wem gehören denn die Schweizer AKW eigentlich? Etwas erstaunlich, denn abschalten müssen – respektive können – sie die Besitzer.



Gehören zu 100% der AXPO – die beiden Reaktoren Beznau I und II

In der Schweiz laufen vier AKW-Anlagen mit 5 Reaktorblöcken – Beznau I und II, Mühleberg, Gösgen und Leibstadt. Sie sind in dieser Reihenfolge in Betrieb genommen worden und es entspricht in aufsteigender Folge auch der Produktionskapazität. Leibstadt, das jüngste AKW, ist auch das grösste.

Die AXPO hats

Die Axpo Holding AG gehört zu hundert Prozent neun Kantonen bzw. deren Kantons-Werken. Gemäss Wikipedia teilt sich dies folgendermassen auf:

- Kanton Zürich mit 18,34 %
- Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) mit 18,41 %
- Kanton Aargau mit 13,98 %

- AEW Energie mit 14,03 %
- St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke (SAK) mit 12,50 %
- Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau (EKT) mit 12,25 %
- Kanton Schaffhausen mit 7,88 %
- Kanton Glarus mit 1,75 %
- Kanton Zug mit 0,87 %

Die AXPO Holding ihrerseits besitzt über verschiedene Gesellschaften folgende Beteiligungen an AKWs:

- Beznau I und II: 100%
- Gösgen: 37.5 %
- Leibstadt: 58.1 %

Die restlichen Anteile an Gösgen und Leibstadt gehören ebenfalls öffentlichen Körperschaften (z.B. 15% von

Gösgen der Stadt Zürich) und Gesellschaften, die ganz oder mehrheitlich im Besitz von Kantonen oder Gemeinden sind. Bei Gösgen ist mit 40% der grösste Einzelaktionär die ALPIQ, welche börsenkotiert ist, aber mehrheitlich indirekt auch der öffentlichen Hand gehört.

Das Fazit ist also einfach: vor allem die AXPO hat's – und sie gehört der öffentlichen Hand, also der Bevölkerung in den Besitzerkantonen und -gemeinden. Die Politik ist im Falle der AXPO, aber auch bei den anderen Gesellschaften, die im öffentlichen Besitz sind, in der Lage, direkten Einfluss zu nehmen. Hier muss Transparenz geschaffen werden und die Politik soll über kantonale und gemeindliche Parlamente ihren Einfluss geltend machen.

Mühleberg – 53%

Bei Mühleberg ist es etwas komplizierter – der Kanton Bern besitzt 52.5% an der börsenkotierten BKW FMB Energie AG, der Besitzerin und Betreiberin des AKW Mühleberg. Gemäss Webseite der BKW teilt sich das Aktienkapital so auf:

- Kanton Bern 52,54%
- Groupe E AG 10,0%
- E.ON Energie AG 7,03%
- BKW FMB Energie AG 9,99% (Eigenbestand)
- Übrige 20,44%.

Die BKW FMB besitzt auch 9.5% am AKW Leibstadt.

Interessant ist, dass bei Mühleberg die Aktivitäten zur Abschaltung dieses Schrottreaktors schon seit Jahren über die politische Einflussnahme via Berner Grossrat und Berner Regierung erfolgen. Pikant dabei ist, dass es in der Berner Regierung eine Mehrheit gegen das AKW Mühleberg gibt, nicht aber im Berner Grossen Rat – noch nicht. Denn dass das mit Fukushima völlig baugleiche, sich in schlechterem Zustand befindliche und topographisch stark exponierte

Mühleberg sofort abgeschaltet gehört, müsste langsam mehrheitsfähig werden.

Über die Kantone gehen?

Eigentlich ist es erstaunlich, dass bei der AXPO der politische Hebel über die AXPO-Besitzer von den GegnerInnen der Atomenergie bisher nicht

stärker genutzt worden ist. Im Kanton Zug hat die Alternative Grüne Fraktion zusammen mit der SP am 31. März ein entsprechendes Postulat eingereicht – es wurde entgegen den normalen Gepflogenheiten gar nicht erst an den Regierungsrat überwiesen! Die SVP hat die Überweisung geschlossen abgelehnt, bei der FDP

stimmte einzig ein Kantonsrat und bei der CVP vier KantonsrätInnen für Überweisung. Soviel zum Standort der drei bürgerlichen Zuger Parteien bzgl. Atomausstieg... Nun haben AGF und SP das Ganze halt als Interpellation (siehe Kasten) eingereicht! Die Regierung muss nun auf jeden Fall Stellung nehmen. Wir sind gespannt. ■

Wir dokumentieren nachfolgend die Interpellation der AGF und der SP im Zuger Kantonsrat vom 30.5.2011 in Teilen:

Interpellation

Ausstieg aus der gefährlichen und teuren Atomenergie

«...dass sich zumindest bei Block 1 eine vollständige Kernschmelze binnen 16 Stunden oder weniger nach dem Erdbeben ereignet hatte.»*

Fukushima ist schlimmer als Tschernobyl! Nicht der Tsunami, sondern das Erdbeben führte zur Kernschmelze im Reaktorblock 1. Ein Beben, wie es auch in der Schweiz möglich ist! Die Kosten werden gigantisch und der japanische Steuerzahler muss dies nebst den sonstigen Verlusten auch noch bezahlen. Die Schweiz darf nicht dieselben Fehler machen. Dies hat der Bundesrat mindestens im Grundsatz nun eingesehen und den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Die Schweizer Atomlobby ist noch nicht soweit. Die Zuger Regierung muss sich deshalb im Verwaltungsrat der Axpo für den Atomausstieg und das sofortige Abschalten von Beznau einsetzen.

Die vollständige Kernschmelze in drei Reaktorblöcken von Fukushima, das Durchschmelzen eines Teils der Brennstäbe durch den Reaktorboden im Reaktor 1, die Beschädigung des Sicherheitsbehälters in Block 2, die Einleitung von grossen Mengen von Borsäure im Block 3 aus Angst vor einer unkontrollierten Kettenreaktion (im Block 3 sind die hochgefährlichen MOX-Brennstäbe im Einsatz) – dies alles zeigt, dass der TEPCO-Plan zur Eindämmung der Katastrophe gescheitert ist. Wir erleben einen Super-GAU in Fukushima, der schlimmer ist als Tschernobyl.

(...)

Fukushima muss für die Schweizer Atompolitik zwingend Folgen haben, da bei uns in Mühleberg exakt der gleiche Reaktortyp wie die Blöcke 1 bis 3 in Fukushima steht. Umso mehr, als sich Befürchtungen bewahrheitet haben, dass beim Reaktorblock 1 in Fukushima nicht der Tsunami ursächlich für die Havarie war, sondern das Erdbeben. Aus diesem Grund wurde vor ein paar Tagen in Japan das AKW Hamakoka abgeschaltet, weil es direkt auf einer Erdbebenzone steht.

Für die heute noch unabsehbaren Kosten des Super-GAU – ganz abgesehen von den menschlichen Tragödien – wird am Schluss auch in Japan weitgehend die Öffentlichkeit aufkommen müssen. TEPCO ist technisch gesehen bankrott. Das wäre auch in der Schweiz nicht anders! Müssten die AKW ihre tatsächlichen Risiken in Form von Versicherungsprämien bezahlen, wäre der Atomstrom nicht mehr zahlbar. Die Zuger Nationalräte Pfister und Scherer haben im 2008 gar eine moderate Erhöhung des «Selbstbehalt» der Betreiberfirmen in der Schweiz abgelehnt!

(...)

Mühleberg und Beznau I und II müssen sofort stillgelegt werden, der Ausstieg aus der Atomenergie mit der Abschaltung von Gösgen und Leibstadt nach spätestens 40 Betriebsjahren ist vorzubereiten.

(...)

Der Kanton Zug ist mit 0.8 Prozent an der AXPO beteiligt. Im Turnus mit dem Kanton Glarus stellt der Kanton einen Verwaltungsrat in der AXPO. Am 11. März, also am Tag der Katastrophe in Fukushima, hat der Kanton Zug in der Person von Baudirektor Heinz Tännler einen Sitz im AXPO-Verwaltungsrat eingenommen. Über diesen Sitz kann der Kanton Zug direkten Einfluss auf die Politik der AXPO nehmen.

(...)

Wir stellen der Regierung in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Ist die Zuger Regierung bereit, sich mit ihrem Verwaltungsrat in der AXPO für nachstehende Anliegen einzusetzen? Wenn Nein, mit welcher Begründung?

Ausstieg der AXPO aus der Atomenergie

- Sofortige Stilllegung des AKW in Beznau
- Einstellung der Bemühungen für den Ersatz des AKWs in Beznau (Rückzug Rahmenbewilligungsgesuch).
- Stilllegung der AKW Gösgen und Leibstadt nach spätestens 40 Betriebsjahren

2. Wird der Baudirektor für seine Aktivitäten und Grundhaltungen innerhalb des Verwaltungsrates vom Gesamtregierungsrat mandatiert? Wenn Ja, in welcher Form?

* LAGEBERICHT ZUR NUKLEAREN / RADIOLOGISCHEN SITUATION IN FUKUSHIMA DAI-ICHI, Greenpeace, Mai 2011, http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/atomkraft/update_Large_052011_DE_FINAL.pdf

Grüne Bildungslandschaft

Marianne Aepli, Primarlehrerin und Master of cultural & gender studies |
Illustration Marianne Aepli

16

Nachdem Bildung in der Amtszeit von Patrick Cotti als Bildungsdirektor in persona aktiv grünalternativ begleitet wurde, stellt sich heute die Frage, wo und in welcher Art wir als Partei bei Bildungsthemen aktiv mitwirken. Eingebettet ins Salatgrün der Monatsbar fand im März ein internes Bildungspodium statt.

Zwei Bildungsbeauftragte aus unseren Reihen, Alice Stäuble Kern, Vertreterin im Bildungsrat, und Marianne Preibisch Pfrunder, Mitglied der Schulkommission Stadt Zug, informierten die Anwesenden. Bei der anschliessenden Diskussion waren die Innovationsschule, Schulstrukturen, ausserschulische Betreuungsangebote oder bildungspolitische Vorstösse die Hauptthemen. Die Innovationsschule, welche unseren Bildungszielen und ebenso den kantonalen Richtlinien zur Schulentwicklung entspricht, findet zur Umsetzung im Kanton Zug keine Mehrheiten. Das Gesamtpaket Innovation wog zu schwer und kann nur in einzelnen Teilen in die Schule eingebracht werden.

Zu den Einzelteilen gehört die Einführung von weiteren Tagesschulen. Zwar sind die ausserschulischen Betreuungsangebote in den Gemeinden stark ausgebaut, trotzdem bieten die modularen Angebote nicht die Einheit von Tagesschulen. Für Eltern, die ihre Kinder in die Struktur von Tagesschule geben möchten, gibt es im Kanton Zug Privatschulen oder Wartelisten. Ein undemokratischer Zustand im öffentlichen Bildungswesen.

Zur Diskussion Anlass geben die Bildungsvorstösse anderer Parteien. Wollen wir in der Bildungspolitik agieren oder reagieren? Bei den aktuellen Motionen und Initiativen, können wir jedenfalls nicht ruhig abwarten, ob unsere qualitativ gute Volksschule auch mit Volksentscheiden weiterhin eine durchdachte und aufbauende Bildungsqualität behalten kann.

Beispiel Noteninitiative

Bildungsschaffende sind gewohnt,

sich auf verändernde Situationen einzustellen und wiederkehrend darin pädagogische Grundwerte umzusetzen, trotzdem ist beispielsweise die Noteninitiative eine dem heu-

gegeben. Noten um die 4 sind oftmals nur aus schulischer Sicht eine genügende Leistung; Eltern und Kinder reagieren darauf anders. Lerndruck bis Lerndrill setzt ein, ein sicherer Killer von Lernmotivation. Sollte die Lernleistung eines Unterstufenkindes ungenügend sein, so liegen dahinter Ursachen, für die kein Kind in diesem Alter ein «Ungenügend» verdient. Die aktuelle Beurteilung ist aussagekräftiger als Noten.



Gemeinsames Lernen ist aufbauend

tigen Lernverständnis widersprechende Reform mit weitreichenden Ressourcenfolgen. Als Bildungspraktikerin kenne ich die Vorgaben und dazugehörigen pädagogischen Werte für ein «Beurteilen und Fördern» auf der Unterstufe, ohne Noten. Auf dieser Stufe ist Lernmotivation kein Problem, Kinder lernen gerne und sind wissbegierig. Sie möchten und sollen entdecken, sie sehen Lernerfolge, Lernfortschritte, sind interessiert an ihrem Lernen. Noten nützen hier nur den leistungsstarken Kindern, ihnen wird eine Anerkennung in Zahlen ab-

«Dä Chnopf uftue»

Kürzlich bei einem Elterngespräch meinte ein Vater zur Beurteilung der mathematischen Lernziele seiner Tochter: «Noten wären halt doch viel einfacher.» Ich schaue in die Unterlagen der Lernzielkontrollen und erkläre ihm, dass seine Tochter dann die letzten beiden Lernkontrollen mit einer ungenügenden Note abgeschlossen hätte, denn in einigen mathematischen Reihenfolgen erkennt sie die Systematik nicht. Das ist hier wohl eine Frage der Lernreife. Das Mädchen ist jung eingeschult wor-

den und wird am Ende des Schuljahres die mathematischen Lernziele mit grosser Wahrscheinlichkeit problemlos erreichen, für eine genügende Zeugnisnote würde es aber nicht sicher reichen. Gross ist die Entwicklungsspanne auf der Unterstufe, was zu unterschiedlichen Lernschüben führt. Auf dieser Stufe passiert das «dä Chnopf uftue» tagtäglich. Im Tempo der kindlichen Entwicklung und oft ohne Zusatztherapie. Wer in seiner Entwicklung etwas hintennach hinkt, kann zu seiner Zeit aufholen, Noten hingegen werden nicht erst am Schluss des Jahres geschrieben. Einzelne Entwicklungsverzögerungen führen zu ungenügenden Noten, bereits ab Schulstart. Schade, wenn unsere Schule wieder dahin zurück muss. Sicher sind Pädagoginnen gewillt, Lernmethoden und Lernkontrollen so zu ändern, dass auch Unterstufenkinder kein unnötiges Ungenügend im Zeugnis haben. Eine pädagogische Verbesserung ist das jedoch nicht, nur eine Systemänderung, die wegführt vom Verständnis des eigenständigen Lernens durch Lernmotivation. Das Kind richtet sich wieder vermehrt auf das Erreichen genügender Noten aus, auf den Fünfliber für den Sechser.

Zug im Bundesgrün

Widersprüche im pädagogischen Handeln gibt es im Zusammenhang mit aktuellen Bildungsanträgen noch einige. Wer die Schule aus dem Leben kennt, ist noch kein Kenner von Erziehungs- und Lernwissen-

schaft. Unsere Schule soll die Kinder aufs Leben vorbereiten. Diesen Grundsatz vertreten alle politischen Parteien in ihren Bildungspositionen. Nur geht die Vorstellung von den Anforderungen an eine zukünftige Gesellschaft auseinander. Mir genügt ein Einblick in die Position der Grünen Schweiz zur Bildungspolitik: «Aufgabe der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist es, den

Menschen die nötigen Kompetenzen und Einstellungen zu vermitteln, dass künftige Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden. Bildung für nachhaltige Entwicklung zielt auf Bewusstseinsbildung und Identifikation mit dem eigenen Lebensraum und ist somit nicht nur Wissensvermittlung, sondern handlungsorientiertes, verantwortliches Lernen.» (siehe Kasten) ■

Die heutigen Schulen sind nicht von gestern

Alice Stäuble Kern, Schulleiterin, Vize-Präsidentin Bildungsrat

Zwar ist die gute Bildung von gestern noch immer aktuell und steht der Bildung von heute in nichts nach. Anders ist es bei den Bildungsinstitutionen und bei den Methoden, wie Bildung vermittelt wird. Die Schulen, wie ich sie besucht habe, waren sicher gute Schulen, sie haben den Vorstellungen und den Gepflogenheiten der damaligen Zeit entsprochen.

Zwischenzeitlich sind mehr als vierzig Jahre vergangen. Wir, die Schule und ich, sind älter geworden und haben uns quasi miteinander entwickelt. Allerdings, so scheint mir, in umgekehrter Richtung. Meine Wünsche werden bescheidener, vieles scheint klarer, die Flexibilität ist nicht mehr so dringend und die Haare sind grau.

Ganz anders die Schule, sie ist bunter geworden mit der vielfältigen Kundschaft. Auf die komplexen Anforderungen von Gross und Klein reagiert sie mit bewundernswerter Flexibilität. Und Wünsche hat sie viele, Themen mit denen sich die Alternativ-Grünen beschäftigen müssen.

Anstatt aufgeregt lamentieren – unaufgeregt entwickeln:

Schulthemen sind keine Themen, denen wir uns lamentierend widmen sollten, dazu gibt es grundsätzlich keinen Anlass. Die Zuger Schulen haben ein gesundes Fundament und es ist sinnvoll darauf aufzubauen.

Bemühen wir uns darum, dass die gute Schulqualität gesichert bleibt und dass bestimmte Teilbereiche weiter entwickelt werden:

Das anerkannte und faire System «Beurteilen und Fördern» vereinfachen und verständlicher machen, anstatt es mit Noten ab der 1. Klasse zu untergraben.

Entwickeln wir Visionen für die Bedürfnisse von heute und morgen:

Die inklusive Schule soll allen Menschen gleichwertige Bildungschancen gewährleisten. Das ist zwar ein komplexes Thema und anspruchsvoll in der Umsetzung, aber ein Menschenrecht.

Anstatt die kantonale Schulstruktur mit stetigen Anpassungen, dem Stress, der sich schnell wandelnden «Moden» der Gesellschaft zu unterwerfen, lohnt es sich, innovative, bedürfnisgerechte Ideen zu entwickeln und diese geduldig gedeihen zu lassen:

Unterstützen wir die Schuleingangsstufe für 4-8-jährige Kinder, befürworten wir eine integrative Oberstufe und fördern wir den Aufbau von weiteren Tagesschulen.

Bildung ist Zukunft – Bildung braucht Zeit

Für ein ganzheitliches, vielfältiges, integratives Schulsystem. Die grüne Position zur Bildungspolitik findet sich unter www.gruene.ch > Positionen > Soziales > Bildung.

Dörfs äs bitzli weniger sii?

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug | Illustration Internet

18

Zug senkt und senkt und senkt die Steuern – zum Vorteil vor allem der Privilegierten. Dass diese Politik nicht mehr aufgeht, ist heute so deutlich wie nie.

Da wurde gar der bodenständige Verkäufer der Zuger Steuersenkungsideologie, Finanzdirektor Peter Hegglin, im Kantonsrat bleich – angesichts der unverantwortlichen Senkungsanträge von Finanzhardlinern von FDP und SVP. Er äusserte starke Bedenken bezüglich Entwicklung der NFA-Kosten und ausbleibenden Nationalbankausschüttungen und warnte vor möglichen Haushaltsdefiziten. Über die Ausfälle aus der Unternehmenssteuerreform ist er unsicher, und er fürchtet die neuen Aufgaben, welche auf den Kanton zukommen, zum Beispiel mit der Spitalfinanzierung.

Um rund 140 Mio. Franken wurden in Zug seit 2007 vor allem die Reichsten, Aktionäre und Kapitalgesellschaften entlastet – jährlich! Nun sollen erneut Steuersenkungen von rund 64,5 Mio. Franken die Einnahmen von Kanton und Gemeinden schmälern. Durch die Senkung der Gewinnsteuern werden Kapitalgesellschaften um fast 50 Mio. Franken entlastet. Familien und MieterInnen erhalten mit knapp über 10 Millionen die Brosamen, und das wohl nur mit dem Zweck, die Vorlage dem Stimmvolk im nächsten November schmackhaft zu machen. Diese Steuergesetzrevision ist – wie schon alle bisherigen seit 2003 – völlig unausgewogen. Dabei sind die Gewinnsteuersenkungen unnötig und die Familien- und Mietentlastungen letztlich unwirksam.

Politik für wen?

Wer profitiert von der Steuersenkungsorgie? Die geplante Miet- und Familienentlastung ist bestenfalls gut gemeint. Durch Zugs Wachstumspolitik steigen die Wohn- und Lebenskosten für die Bevölkerungsmehrheit derart, dass viele in andere

Kantone umziehen müssen. Statt mit neuen Gesetzen und staatlichen Eingriffen Privilegien für grosse Firmen und Reiche zu schaffen, wären die Mittel gescheitert für günstiges Wohnen einzusetzen.

Die Folgen einer solchen Politik sind fatal. Im Mai veröffentlichte die Crédit Suisse eine neue Studie über das frei verfügbare Einkommen in den Kantonen. Zug fiel auf Rang 19 zurück. Da nutzen alle von bürgerlicher Seite immer wieder betonten Zuschüsse nichts. In der CS-Studie steht: Geringe Steuern ist nicht gleich finanzielle Wohnattraktivität. Zug wird als Negativbeispiel dargestellt. Zwar seien die Abgaben am tiefsten, doch weise Zug die zweithöchsten Fixkosten der Schweiz auf, was letztlich zur schlechten Gesamtplatzierung führe. Betroffen davon seien vor allem Wenigverdienende und der Mittelstand. Diese negative Entwicklung haben CVP, SVP und FDP zu verantworten.

Nach dem Prinzip «Besser den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach» stellten die Alternativen im Kantonsrat bei der Familienentlastung den Antrag auf Abzüge von 6'000 Franken bei der Kindereigenbetreuung und von 10'000 Franken bei der Kinderfremdbetreuung. Beim Mietabzug forderten wir eine Erhöhung der Abzugshöhen auf 3000 bzw. 6000 Franken. Der Rat – darunter die angebliche Familienpartei CVP – beliest die Familienabzüge für alle bei 6000 Franken und die Mieterabzüge bei 2000 bzw. 4000 Franken.

Das Gewerbe profitiert nicht

Das ist kleinlich angesichts der Entlastungen für Firmengewinne. Dabei ist die Senkung der Gewinnsteuer beim internationalen Standortwett-

bewerb kein Vorteil und führt einzig zu einem ruinösen Steuerwettbewerb unter den Kantonen, bei welchem Zug – entgegen den Beteuerung des Finanzdirektors – die treibende Kraft bleibt. Als Konsequenz bleibt der öffentlichen Hand immer weniger Geld für Investitionen in Bildung, Gesundheit, Familie, Infrastruktur. Die Bevölkerung in Luzern oder Schwyz ist mit ihren Sparpaketen in sensiblen Bereichen Opfer dieser Politik. Der Kantonsrat trägt auch Verantwortung für die Finanzen der Gemeinden, denen bald massiv Einnahmen fehlen. Peinlich ist es in der Stadt Zug, welche gerade eben beschloss, bei der Jugendarbeit einzusparen.

Die KMU – das heisst der Metzger, der Frisör, die Bastelladenbesitzerin, das kleine Architekturbüro, die Malerin, der Gipser – sie alle profitieren kaum – anders als von Bürgerlichen immer wieder betont.

Überholte, verantwortungslose Politik

Das wirtschaftliche und politische Umfeld befindet sich auch laut der Kommissionspräsidentin im Wandel. Erstaunlich nun, wie erkenntnisresistent die Mehrheit von CVP, FDP und SVP diesem Wandel entgegensieht und in ihrer Steuersenkungsideologie als alleinigem Allerheilmittel zur Prosperität verhaftet bleibt. Ich erinnere mich daran, wie der Finanzdirektor Irland als leuchtendes Beispiel und gefährlichen Konkurrenten dargestellt hatte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Märkte in der ganzen Welt jedoch nachhaltig verändert. Steuersenkungen alleine sind eine überholte Standortpolitik. Es braucht Investitionen in die anderen Standortfaktoren.

Aber auch drei aktuelle Gründe sprechen klar gegen die neue Steuergesetzrevision. Erstens: Die bürgerlich gepushte und vom Volk knapp angenommene Unternehmenssteuerreform stellt sich als Milliardenge-

schenk für wenige superreiche Aktionäre heraus. Zug wird jährlich mindestens 3 Millionen verlieren. Die Abstimmungsinfos waren falsch. Zweitens: Durch Zugs Steuersenkungs- und Wachstumspolitik steigen die NFA-Kosten. Dafür wären mehr Reserven nötig. Drittens: Na-

unverantwortlich. Hier war der Rat einsichtig und verhinderte den Ausfall von jährlich weiteren 26 Mio. Franken.

Angesichts der Ausfälle von mehr als 64 Millionen lehnt die alternativ-grüne Fraktion die unausgewogene, verantwortungslose Revision

muss. Nur so gibt es ein wirtschaftlich wie gesellschaftlich ausgeglichenes und langfristig erfolgreiches Zug. ■



Kein Rezept für Nachhaltigkeit: Steuern runter – Türme hoch.

tionalbankausschüttungen von rund 24 Mio. Franken werden ausbleiben.

SVP im Dienst der Reichsten

Die SVP stellte Anträge für eine noch stärkere Gewinnsteuersenkung zugunsten der grössten Firmen sowie für die Senkung der Vermögenssteuer exklusiv für die Reichsten. Die SVP machte damit klar, wer ihre Klientel ist. Eine solche Vetterliwirtschaft-Politik ist ebenso unnötig wie

ab. Die AGF hat in den letzten Jahren keine Steuererhöhungen gefordert, sondern sich moderat und kompromissorientiert gegen weitere Senkungen gestellt. Nun sollen alle anerkennen, dass Zug fiskalisch bestens positioniert ist und nicht weiter Steuern senken darf, sondern mit den Einkünften die übrigen Standortfaktoren pflegen und gleichzeitig die Folgen des Wachstums für Bevölkerung und Umwelt mildern

Anträge der Alternativen ...

- **Abgelehnt:** Streichung der Steuerrabatte für Aktionäre.
- **Abgelehnt:** Erhöhung des Mieterabzugs.
- **Abgelehnt:** Erhöhung des Betreuungsabzugs bei Familien.
- **Abgelehnt:** Nein zur Senkung der Gewinnsteuern.
- **Abgelehnt:** Offenlegung der Parteispenden.

Die Zweifel der alten Herren

In der Sonderbeilage Zug der NZZ vom 18. Mai 2011 drücken auch drei Mitgestalter der Zuger Steuer- und Wirtschaftspolitik ihr Unbehagen über die Zuger Entwicklung aus.

Jost Grob, langjähriger Chef der Zuger Kantonalbank: «Dieses Wachstum ist alles andere als erfreulich.» Er will nicht, dass Zug noch mehr Firmen anlockt und der Siedlungsbrei sich vergrössert. Er hält die Rohstoffhändler für ein Klumpenrisiko – wie übrigens auch Bak Economics. Dass langjährige Mieter auf die Strasse gestellt werden, um mit teuren Wohnungen für reiche Ausländer Profite zu maximieren, hält er für schädlich.

Georg Stucky (FDP) hat als Regierungsrat von 1975 bis 1990 9-mal die Steuern gesenkt. Er verteidigt die Steuerpolitik, doch wohl es ist ihm dabei nicht. Die heutige Management-Ideologie «Hole raus, was du rausholen kannst» sei schädlich. Zu Freiheit und Wachstum gehöre Rücksicht auf die Gesamtheit der Gesellschaft, auch auf die Ärmern. Andreas Iten (alt Regierungsrat und Ständerat der FDP) bedauert, dass «neureiche Emporkömmlinge» sich nicht mehr an der Zivilgesellschaft beteiligen. Eine Parallelgesellschaft entstehe.

schwerdeführer um die zuzulassenden Forderungen juristisch duellieren.

Wenig Leistung – viel Honorar

Ziel und Zweck für die von der FINMA eingesetzten Konkursverwalter wäre es eigentlich, möglichst viele Schulden zu tilgen und Guthaben einzutreiben, um den Verlust bei den Gläubigern in Grenzen zu halten. Doch zahlreiche Konkursverwalter der FINMA führen sich in den zwangsverwalteten Firmen wie in einem Selbstbedienungsladen auf und genehmigen sich fürstliche Honorare, bevor sie überhaupt eine Amtshandlung getätigt haben. Die FINMA kümmert sich nicht um das Gebaren der Konkursverwalter.

Dass es auch anders geht, zeigt zum Beispiel der bekannte Zürcher Anwalt Daniel Hunkeler. Äusserst professionell wickelt er die so genannten «Bankenkurse» ab (d.h. Konkurse, die unter das Bankgesetz und somit in die Domäne der FINMA fallen). Er informiert die Gläubiger über den Verfahrensstand und zeigt sich hartnäckig, wenn es darum geht, Gelder bei Schuldnern der durch die FINMA geschlossenen Firmen einzufordern. Frau Pfister-Ineichen dagegen hat verhältnismässig wenig unternommen, um bei den Akteuren des NicStic-Falls Vermögen zu beschlagnahmen. Bei einem Stundenlohn von bis zu Fr. 250.00 wäre da mehr zu erwarten. Auf Anfrage hin wollte Frau Pfister-Ineichen zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen.

Weitere Versäumnisse

Ein Blick ins Handelsregister offenbart immer wieder Erstaunliches. Trotz Berufsverbot werbelt die mehrere Dutzend Personen umfassende NicStic-Clique munter weiter. Es werden z.B. Firmen gegründet, die nach kurzer Zeit wieder Pleite machen. Einige treten trotz Berufsverbot (siehe Auszug Strafuntersuchungsakten) weiterhin als Effekthändler auf. Die von der FINMA angedrohten Bussen-Sanktionen in der Höhe von bis zu 200'000 Franken bei Zuwiderhandlung gegen ihre Verfügungen zeigen keine grossen Wirkung. Bei Einnahmen von mehreren Mio. Franken sind die Bussen schon eingeplant und wirken gerade als Einladung für neue Betrügereien. Ihre Aufgabe als Schützerin der Investoren geht die Eidgenössische Behörde in Bern eher locker an, dies führt dazu, dass verschiedene Protagonisten weiterhin unbehelligt tätig sein können.



Einstellungsverfügung

gemäss Art. 62 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR 313.0)

in der verwaltungsrechtlichen Strafsache

gegen

1. **BERRESHEIM Michael Lothar**, geb. 05.07.1953, deutscher Staatsangehöriger, Wohnort: Sudetenring 184 F, 63303 Dreieich-Sprendlingen, Deutschland, verteidigt durch RA Bernd Kroner, Fraunheimer Landstrasse 32, 60488 Frankfurt am Main, Deutschland
2. **HENSLEY-PIROTH (vormals PIROTH) Heinz Heinrich**, geb. 30.11.1952, deutscher Staatsangehöriger, Wohnort: Kornweg 39, 65388 Schlangenbad-Georgenborn, Deutschland
3. **PIROTH Sylvia Ingrid**, geb. 16.12.1962, deutsche Staatsangehörige, Wohnort: Kornweg 39, 65388 Schlangenbad-Georgenborn, Deutschland
4. **TSCHACKERT Alwin Christian**, geb. 30.05.1955, Wohnort: Rigigasse 30, 6403 Küssnacht am Rigi
5. **CAPIZZELLI Kurt**, geb. 29.08.1951, österreichischer Staatsangehöriger, Wohnort: unbekannt
6. **BIANCHI Alessandro**, geb. 03.10.1960, Wohnort: Alte Winterthurerstrasse 34, 6309 Nürensdorf
7. **BIWER Rüdiger**, geb. 01.02.1955, deutscher Staatsangehöriger, Wohnort: Sonnhangstrasse 42a, 6205 Eich
8. **ALTHOFF-KLEIN Paul-Heinrich**, geb. 11.11.1958, deutscher Staatsangehöriger, Wohnort: Brunnenweg 8, 65719 Hofheim, Deutschland
9. **SCHMIDT Bernhard Josef**, geb. 29.11.1936, deutscher Staatsangehöriger, Wohnort: Brandstrasse 13, 8752 Näfels

Beschuldigte

wegen

Verjährung

Einstellungsverfügung des Eidgenössischen Finanzdepartementes im Fall NicStic wegen Verjährung.

Staatsanwaltschaften in verschiedenen Kantonen bemängeln die Arbeit der Finanz-Aufsichtsbehörde und stellen dem Direktorium kein schmeichelhaftes Zeugnis aus. Die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgern sei mangelhaft und gebe oft Anlass zu Kritik. Oft würden auf Geheiss aus Bern Firmen zwar geschlossen, die Staatsanwaltschaften dann aber beim Strafermittlungsverfahren zu wenig unterstützt.

Schwarze Liste unvollständig

Seit geraumer Zeit betreibt die FINMA ein gross angelegtes Internetportal, das Auskunft über bewilligte und unbewilligte Finanzinstitute geben soll. Leider ist die Auflistung der illegal tätigen Firmen seit Monaten nur ungenügend nachgeführt und weist grosse Lücken auf. Zitat eines Betroffenen: «Die Liste hat in etwa die Aktualität der Zeitschriften, die im Wartezimmer des Hausarztes aufliegen...»

Dabei hätte die FINMA doch genügend gesetzliche Handhabe und ausreichende Finanzmittel, um Finanzbetrüger in die Schranken zu weisen. Die mangelnde Aufsicht hat Folgen: Einem Artikel des renommierten

Wirtschaftsmagazins Bilanz zufolge sind 77 % der Finanzbetrüger Deutsche. Die Zuwanderer aus unserem Nachbarland kontrollieren vor allem den Handel mit nicht zugelassenen Finanzprodukten und profitieren von der largen Praxis der zuständigen Behörden.

Einbürgerung als Lachnummer

A. T. war ein wichtiger Aktienverkäufer im NicStic-Konstrukt, der nebst einem Berufsverbot durch die FINMA auch gleich noch ein Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Zug wegen Betruges am Hals hat. Für Herrn T., der mit einer Schweizerin verheiratet ist, war das kein Hindernis, bei den kantonalen Behörden in Luzern mit Erfolg um die erleichterte Einbürgerung nachzusuchen. Denn der Kanton Luzern versäumte es, zu kontrollieren, ob gegen T. Strafverfahren hängig sind. Ein Zeitungsartikel, der die Unregelmässigkeiten bei der Einbürgerung von T. an Tageslicht brachte, wirbelte ordentlich Staub auf und löste neue Untersuchungshandlungen aus. Ob die Einbürgerung rückgängig gemacht wird, ist bei Redaktionsschluss noch offen. ■



Feiern und weiterkämpfen

Arlene Wyttenbach und Natalie Chiodi | Bild Arlene Wyttenbach

22

Dieses Jahr kann die Schweiz auf 100 Jahre internationaler Frauentag, 40 Jahre Frauenstimmrecht, 30 Jahre Verfassungsartikel «Gleiche Rechte für Mann und Frau», 20 Jahre Frauenstreik und 15 Jahre Gleichstellungsgesetz zurückschauen. Diese zahlreichen Jubiläen sind dem hartnäckigen Kampf der Frauen zu verdanken.

An der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910 beantragte die deutsche Sozialistin Clara Zetkin einen jährlichen internationalen Frauentag. Der Beschluss: «Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient.» Als hätten die Frauen nur darauf gewartet, wurde schon im März 1911 der erste internationale Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und in der Schweiz «gefeiert». Nach einigen Jahren fand der internationale Frauentag jeweils am 8. März statt. Jahrzehntelang feierten die sozialistischen Frauen den Frauentag mit besonderen Veranstaltungen. Meist blieben die Feiern auf die Linke beschränkt, bis die jungen Frauen der neuen Frauenbewegung Anfang der siebziger Jahre die alte Tradition neu belebten und den internationalen Frauentag auf die Strasse trugen.

40 Jahre Frauenstimmrecht

Als Clara Zetkin 1910 das Frauenwahlrecht forderte, musste sie nur acht Jahre warten, bis es in Deutschland Wirklichkeit wurde. In der Schweiz dauerte es wesentlich länger. Am 7. Februar 1971 nahmen die Stimmbürger das eidgenössische Stimm- und Wahlrecht für Frauen mit 66% Ja bei einer Stimmbeteiligung von 58% deutlich an. Gleichzeitig wird das Frauenstimmrecht in Kantons- und Gemeindeangelegen-

heiten in unserem Kanton mit 63% Ja ebenfalls angenommen. Allerdings passierte das nicht in allen Kantonen. Die Schweiz war eines der letzten europäischen Länder, welches seiner weiblichen Bevölkerung die vollen Rechte als Bürger zugestand, doch es war das erste Land, in dem dies durch eine Volksabstimmung (des männlichen Teils der Bevölkerung) geschah.

30 Jahre Verfassungsartikel

Im Jahr der Frau, 1975, wurde die Initiative für gleiche Rechte beschlossen, ein Jahr später eingereicht und später zugunsten des Gegenantrages zurückgezogen. Der neue Verfassungsartikel heisst: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.» 1981 wurde die Vorlage mit 60.3 % Ja angenommen, auch der Kanton Zug nahm die Vorlage mit 58% an.

20 Jahre Frauenstreik

Am 14. Juni 1991 legten mehr als eine halbe Million Schweizer Frauen unter dem Motto «Wenn frau will, steht alles still» ihre Arbeit einen

Tag lang nieder und/oder nahmen an Kundgebungen und Veranstaltungen teil. Zum Streik aufgerufen hatte der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Grund für den Streik war die Tatsache, dass zehn Jahre nach Annahme des Verfassungsartikels «Gleiche Rechte für Mann und Frau» das Gleichstellungsgesetz noch immer fehlte.

Noch bleibt viel zu tun

Fünf Jahre später trat das Gleichstellungsgesetz in Kraft, doch die wichtigste Forderung «Gleiche Arbeit, gleicher Lohn» steht noch immer nur auf dem Papier unserer Bundesverfassung. Deshalb hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine weitere Kampagne gestartet mit dem Argument «14. Juni 2011. Gleichstellung hat ein Ziel: Gleich viel.» Während die verbalen Attacken ge-



Am 14. Juni 1991: «Wenn frau will, steht alles still.»

gen die Frau eher abgenommen haben – von einigen wenigen Ewiggestrigen abgesehen, werden die Frauenbeleidigungen im Bild nicht weniger. Ferner müssen auch heute noch zu viele Frauenprojekte von den Frauen selber finanziert werden und existieren lediglich dank ihrer Gratisarbeit. ■

Aufgebaut und ausverkauft

Martin Stuber, Kantonsrat der Alternative – die Grünen Zug | Illustrationen BULLETIN

Wer erinnert sich noch? Anfang der 70er-Jahre beschäftigte der Landis&Gyr-Konzern im Stammhaus in Zug 5'200 Menschen! Die L&G war eine Institution im Kanton Zug und prägte über Jahrzehnte das Gesicht des Kantonshauptortes. Heute arbeiten in Zug nur noch rund 350 Angestellte bei der L&G. Vor kurzem wurde sie für 2.3 Mia \$ an TOSHIBA verkauft. Das Schicksal der L&G ist kein Einzelfall.



Die industrielle Schweiz – vom 18. ins 21. Jahrhundert

Aufgebaut und ausverkauft

Bärtschi, Hans-Peter, 2011, 308 Seiten, über 350 farbige/schwarzweisse Abbildung, Format 27x22 cm, Pappband, ISBN 978-3-03919-145-1, Fr. 78.-

In seinem opus magnum «Die industrielle Schweiz – vom 18. ins 21. Jahrhundert» zeichnet der Winterthurer Historiker Hans-Peter Bärtschi nach, wie in der Schweiz die produktive Basis in relativ kurzer Zeit dramatisch reduziert wurde. Zwei Zahlen veranschaulichen das: 1966, auf dem Höhepunkt der Industrialisierung, lag der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Produktion bei satten 54% – höher als in Grossbritannien, der Wiege der Industrialisierung. Heute, 45 Jahre später, sind es noch 22%.

Branche für Branche...

Akribisch zeichnet Bärtschi Branche für Branche den Niedergang nach und erklärt anschaulich die Gründe, wenn auch in einzelnen Fällen etwas zu vereinfacht (z.B. ausgerechnet bei der Landis & Gyr). Allerdings trägt er beim jeweiligen Umfang, der

einzelnen Firmen gewidmet ist, der Grösse und Bedeutung Rechnung. So wird zum Beispiel der Fall ABB sehr ausführlich geschildert. Und so spannend, dass der Schreibende unverzüglich das Standardwerk von Werner Catrina über das Drama ABB kaufen musste – antiquarisch, da vergriffen...

Dabei sind die 308 reich und hochwertig bebilderten Seiten gleich noch zu einer veritablen Industriegeschichte der Schweiz geraten, die das Buch zum Standardwerk macht.

Ein Mythos weniger

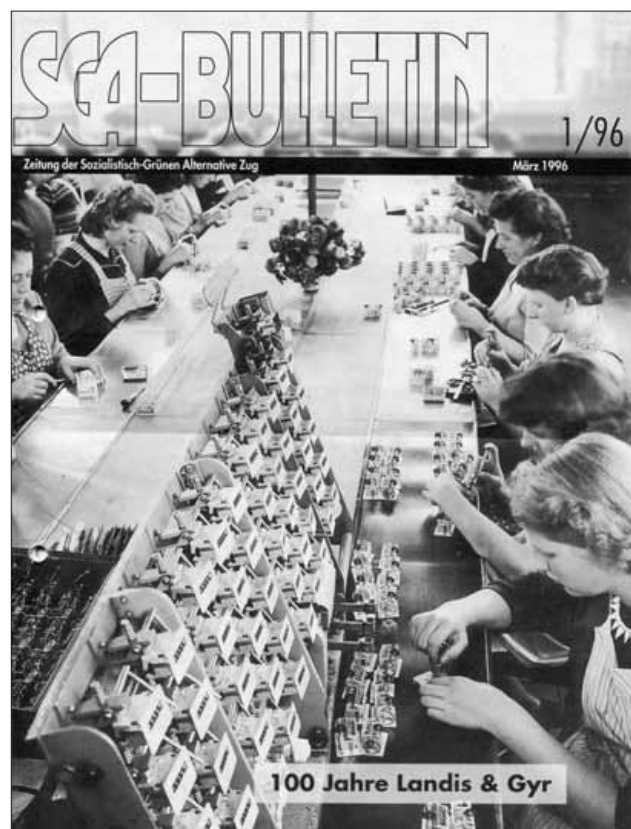
Bärtschi schöpft aus einem unerschöpflich scheinenden Fundus, den er in jahrzehntelanger Arbeit zusammengetragen hat. Er räumt auch mit einem der hartnäckigsten Mythen der Schweizer Geschichte auf: der Rohstoffarmut. Erz, Kohle, Salz, Baurohstoffe – die Schweiz war und ist – auch wortwörtlich –

steinreich. Dies hat nicht unwesentlich zur Industrialisierung beigetragen. Kommt noch die so genannte «weisse Kohle» hinzu: der Strom aus

Wasserkraftwerken, welcher der raschen Elektrifizierung einen Riesen-schub versetzte.

Finanzkapital übernimmt

Bärtschi zeigt an zahlreichen konkreten Beispielen eindrücklich auf, dass die Deindustrialisierung nicht ein gottgegebenes Schicksal war und ist, sondern dass auch ganz handfeste Interessen dahinterstecken, die einen unglaublichen Reichtums-transfer vom Industrie- zum Finanzkapital systematisch betrieben haben. Es waren also bei weitem nicht nur die konkurrenzgetriebene Verlagerung der Produktion in Niedrig-



Als die L&G noch an der Hofstrasse produzierte. Das Titelbild des SGA-Bulletins 1/96 dürfte aus den 40er-Jahren stammen.

lohnländer und Managementfehler. Die Politik hat sich in den allerseltensten Fällen gegen die Deindustrialisierung gewehrt – ja in einigen Fällen



24

über Kantonalbanken und öffentliche Pensionskassen sogar aktiv daran mitgewirkt.

Und nun?

Wenn etwas menschengemacht ist, sollte der Trend auch umgekehrt werden können. Wie? – Darüber herrscht in der Linken eher Ratlosigkeit, wie sich am Podiumsgespräch anlässlich der Buchvernissage in Winterthur leider zeigte.

Vielleicht bewirkt die weltweite Finanzkrise ein Umdenken in der Schweiz. Wer verstehen will, was in der Schweiz in den letzten 50 Jahren gelaufen ist und wer sich eine Reindustrialisierung (z.B. Solarindustrie) wünscht, der/dem sei diese Sommerlektüre wärmstens empfohlen.

P.S.: Die Industriegeschichte der Schweiz lässt sich auch erwandern – im Rotpunkt-Verlag sind zwei Wanderbücher von Bärtschi erschienen, die Industriestandorte in den Kantonen Bern und Zürich nachgehen. («Industriekultur im Kanton Bern» resp. Kt. Zürich) ■

«Der Super-GAU, der keiner war»

Mit diesem Titel zu Fukushima auf der Frontseite erkundet die **Weltwoche** vom 9. Juni bisher unbekannte publizistische Niederungen. Wenige Tage zuvor hatte eine offizielle japanische Behörde (Nuclear Emergency Response) zugegeben, dass es in Fukushima in den Reaktorblöcken 1, 2 und 3 zu vollständigen Kernschmelzen gekommen war. In zwei Blöcken ist der Kern daran, die Schutzhülle zu durchschmelzen.

Tatsächlich: kein Super-GAU, sondern ein Mega-Giga-GAU.

In der 68-seitigen Weltwoche mit der **publizistischen Kernschmelze** hat es genau 7 Seiten Werbung. Es braucht keine Buchhalterausbildung, um zu sehen, dass das neoliberale SVP-Kampfbblatt nur durch Bezuschussung überleben kann. Es darf spekuliert werden, durch wen....

Dass die Rechte systematisch mit double und triple standards lebt, ist ja nichts Neues, und da passt es, dass die Weltwoche, welche systematisch gegen den Staat und staatliche **Subventionen** anschreibt, selbst wohl kaum ohne – versteckte! - Subventionen über die Runden kommen dürfte.

Immerhin ist das Titelfoto unfreiwillig subversiv – es

zeigt nämlich auch betende AKW-Arbeiter. Angesichts der offensichtlichen **Ratlosigkeit** des AKW-Betreibers TEPCO und der Behörden, wie mit der völlig ausser Kontrolle geratenen Situation in Fukushima verfahren werden soll, hilft tatsächlich nur noch Beten.

Das Risiko einer politischen Kernschmelze bei den Zuger Freisinnigen ist nach dem Rückzug von Rolf **Schweiger** und dem Wechsel von Eder in den Ständerat kleiner geworden.

Riesig hingegen die Krokodilstränen im Communiqué der FDP: «Die FDP – die Liberalen Zug mitsamt allen Sektoren hat mit **grossem Bedauern** vom Entscheid ihres Ständerates Kenntnis genommen...» heuchelt Parteipräsident Andreas Kleeb salbungsvoll. Nicht zuletzt ihm stand ja Schweiger im Weg.

Der Weg versperrt ist jetzt dem freisinnigen Landamman Matthias **Michel**. Der ehemalige Büropartner und politische Ziehsohn von Rolf Schweiger hat wohl damit gerechnet, dass Schweiger noch vier Jahre in Bern ausharrt. Dann wäre Eder zu alt gewesen und der Weg frei für Michel. Die nationale Karriere ist nun mindestens für 8 Jahre vom Tisch.

Nun warten wir gespannt auf Schweigers Memoiren

– vielleicht erfahren wir dort, mit welchen Methoden die freisinnigen Strategen ihn zum Rücktritt gebracht haben. Wie gross der **Druck** gewesen sein muss, lässt sich erahnen, wenn man die Aussage Schweigers im grossen Interview der Neuen ZZ vom 21. April – «Politik ist ein wichtiger Bereich in meinem Leben. Einer der mir nach wie vor Freude macht.» – vergleicht mit Schweigers Inserat (!), in dem er seinen Rücktritt genau einen Monat später begründet: «Wenn jedoch quer durch alle Parteien Kurzfristdenken und unüberlegtes Vorpreschen sowie medien- statt sachgesteuerte Politik überhand nehmen, vergeht einem die Lust.»

Die FDP hat Schweiger gehabt, dass Schweiger der Gentleman, der er immer war, geblieben ist. Nur sehr verklausuliert übt er **Kritik** auch an seiner Partei. Siehe Zitat oben: «alle Parteien».

Kein Schweiger gehabt hat Marcel Scherer. Irgendwie **nicht ganz im Bild** über die parteiinternen Ränkespiele bewarb er sich an der Nominationsversammlung auch gleich noch für den Ständerat, nachdem Tännler dankend abgewinkt hatte. Was Tännler korrekt eingeschätzt hatte – dass angesichts der Konstellation im Ständerat die SVP keine Chance hat und nur eine «Aufbaukandidatur» Sinn macht –



dürfte Scherer bis heute nicht begriffen haben. Der Krug geht zum Brunner, bis er bricht.

Macht nichts, die Wiederwahl des Säuliunternehmers in den Nationalrat dürfte Formsache sein – nicht mal sein peinliches Rencontre mit dem Zuger Hauseigentümergeverband wird das verhindern. Denn das **SVP-Elektorat** wählt auch im Kanton Zug vor allem einen: Blocher.

Der hat mit seiner kleinen Strategentruppe schon vor längerer Zeit gespürt, dass die allgemeine gesellschaftliche **Verunsicherung** einen Teil der Leute nach hinten schauen lässt, wo noch alles vermeintlich in Ordnung war. Und bewirtschaftet nun erfolgreich die Bildungspolitik im politischen Rückwärtsgang.

Und weil das bisher so gut geklappt hat, wird in den katholischen Kantonen nun noch ein neues Feld beackert: ab sofort will die SVP keine **Sexualaufklärung** mehr in der Schule. An der Begründung müssen die SVP-Männer aber noch etwas feilen: Es gebe keine gesellschaftlich gültigen Normen und Werte in diesem Bereich, weshalb die Eltern dafür verantwortlich seien. Hallo? «Keine gesellschaftlich gültigen Normen und Werte»? «Everything goes» als Maxime? Vielleicht hat der Witzbold in der BULLETIN-

Redaktion doch recht, der einen Teil der SVPler als die letzten Anarchisten bezeichnet.

Derweil bewegt sich die katholische Kirche: «Es stimmt etwas nicht mehr, wenn die einen so viel verdienen und besitzen, dass sie es gar nicht mehr beziffern können. Und wenn andererseits immer mehr Leute am Tropf der Sozialhilfe hängen.» Zitat des **neuen Bischofs** von Basel – dem Stadtlu-zerner Felix Gmür.

Da sieht man es ihm nach, dass er sich im gleichen Interview «einmal überlegt hat, dass zum Beispiel an Auffahrt nur jene frei nehmen sollten, die beten oder den Gottesdienst besuchen. Alle anderen sollten ganz normal arbeiten». Wir würden uns eher damit anfreunden, wenn an **Auffahrt** nur diejenigen frei haben, die den freien Tag nicht für eine Ausfahrt gebrauchen und die Strassen statt die Kirchen verstopfen – quasi eine autofreie Auffahrt.

Zum **Schluss**: «Eins ist sicher: Die Kernenergie. Mit an Wahrscheinlichkeit grenzender Sicherheit.»

MAMA MAMA PAPA PAPA

Montag, 11. Juli 2011, 20.00 Uhr
Es ist FLIZ ein Anliegen, auch Zuger Filme zu zeigen. Insbesondere, wenn es um ein derart kontroverses Thema geht wie bei «Mama Mama Papa Papa» – die Frage nämlich, ob schwule und lesbische Paare auch Kinder haben dürfen? Der Zuger Jungregisseur Remo Hegglin und sein Co-Regisseur Cesare Macri geben Einblick in das Leben von Regenbogenfamilien. Schade, dass bei ihrer Auslegeordnung die Gegenseite ein bisschen zu kurz kommt. Denn die grundsätzlichen Fragen im Spannungsfeld zwischen der Nichtdiskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren und dem Kindwohl bleiben bestehen. Nach der Vorstellung Diskussion mit Regisseur Remo Hegglin.

DAS SCHIFF DES TORJÄGERS

Montag, 8. August 2011, 20.00 Uhr
2001 schreckte eine Meldung aus Westafrika die deutsche Fussballszene auf: Eine alte Fähre, die dem nigerianischen Torjäger Jonathan Akpoborie vom Bundesligisten VfL Wolfsburg gehörte, sollte angeblich hunderte billige Arbeitskräfte nach Benin schaffen. «Terre des hommes» geisselte den Transport als modernen Kinderhandel, während die örtlichen Behörden

behaupteten, die Kinder bettelarmer Eltern seien gemäss afrikanischer Tradition zur Arbeit zu besser gestellten Verwandten geschickt worden. Die Schweizer Filmerin Heidi Specogna begibt sich auf Spurensuche und spricht unter anderem auch mit Kindern, die beim Transport dabei waren. Nach der Vorstellung Diskussion mit Regisseurin Heidi Specogna.

THE DEFINITION OF INSANITY

Montag, 12. September 2011, 20.00 Uhr
Einer der besten Spielfilme eines Schweizer Regisseurs seit vielen Jahren – und keiner kennt ihn! Eine Folge der fehlgeleiteten Filmförderung unter Ex-Filmchef Nicolas Bideau. Der Film von Frank Matter und Co-Regisseur Robert Margolis erzählt mit hintergründigem Humor die Geschichte eines nicht mehr ganz jungen Schauspielers, der seit vielen Jahren der einen grossen Rolle hinterher rennt... Ein brillanter, wagemutiger Indie-Film, der Preise gewonnen hat, wo immer er gezeigt wurde. Nach der Vorstellung Diskussion mit Regisseur Frank Matter, den das Publikum bereits als Produzenten von «Nel giardino dei suoni» kennengelernt hat.

Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



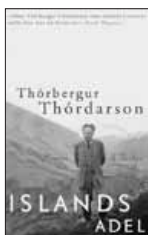
26

Büchermail

Liebe LeserInnen
Der kalendarische Sommer hat gerade begonnen, und schon steht uns BuchhändlerInnen der Bücherherbst ins Haus. Island mit seinen unberechenbaren Vulkanen und einer Finanzkrise, die das Land schwer getroffen hat, ist dieses Jahr Gastland an der Frankfurter Buchmesse. Die sagenhafte Insel hat nur 318'000 EinwohnerInnen, aber dafür viele grossartige SchriftstellerInnen!

Hier eine kleine Auswahl an Neuerscheinungen und schönen isländischen Namen, die nach ein paar Anläufen sicher gekonnt über die Zunge kommen:

Thordarson Thórbergur, Islands Adel – Fischer-Verlag. Erscheint im September. Thordarson ist 1888 geboren, war Koch, Philosoph, Sozialist und schufte in einer Heringsfabrik, um schreiben zu können. In diesem Roman erzählt er seine eigene Geschichte.



Baldursdottir Kristin Marja, Sterneneis – Krüger Verlag. Erscheint im September. Baldursdottir (Jahrgang wird nicht genannt) ist Islands beliebteste Autorin und wurde mit ihren Romanen «Die

Farben der Insel» und «Die Eismalerin» weltbekannt!



Jonasson Ragnar, Schneebraut – Krüger-Verlag. Erscheint im Oktober.

Jonasson, Jahrgang 1976, ist der neuste Stern am isländischen Krimi-Himmel!

Meine Favoritin ist **Steinun Sigurðardóttir!** Von dieser Meisterin des Kurzromans erscheint Anfang September ein neues Buch: **Der gute Liebhaber**. Ein kluges poetisches Buch über die Liebe!



Für die Glücklichen, die diesen Sommer nach Island reisen, sind noch die folgenden zwei Bücher zu erwähnen, die bereits lieferbar sind, neben vielen anderen Romanen und Krimis aus Island:

Thorsteinsson Indridi G, Taxi 79 ab Station – Transit-Verlag. Island in der 50er-Jahren. Ein Liebesroman mit viel Tempo und trockenem Humor! Der Vater des berühmten Krimiautoren

Arnaldur Indridason war ein grossartiger Erzähler und war mit diesem Roman sehr erfolgreich!

Eliasson Gyrdur, Eichhörnchen auf Wanderschaft – Verlag Walde + Graf

Dies ist die Geschichte eines 8-jährigen Jungen, der sich in das von ihm gezeichnete Eichhörnchen verwandelt und fortan die Welt aus der Eichhörnchenperspektive erlebt!

Nun noch zu einer wichtigen Neuerscheinungen bei den politischen Sachbüchern: Von **Oswald Sigg** und **Viktor Parma** wird im August bei Nagel & Kimche eine Streitschrift erscheinen mit dem Titel: **Die käufliche Schweiz**. Für die Rückeroberung der Demokratie durch ihre Bürger!



Da es mich interessiert, mit welchen Rezepten die beiden Autoren aufwarten, um die Demokratie zu stärken, habe ich sie für den September nach Zug eingeladen! Das genaue Datum steht aber noch nicht fest, wird aber rechtzeitig mitgeteilt!

Einen schönen Sommer wünscht euch
Susanne Giger



Mittwoch, 6. Juli: Alternative Monatsbar
18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Mit Köchinnen und Köchen der Grünen Steinhausen

Donnerstag, 18. August: Sommertreff am Grill, Alternative – die Grünen Stadt Zug
ab 18 h, Oberwil, Badi Tellenortli

Freitag, 19. August: Alternative – die Grünen Baar, «Uran – Energie für uns – Verderben für alle», Vortrag Multimedia
19 h, Rathusschüür Baar

Samstag, 20. August: Wahlstand am Risch Rotkreuz 4you-Fest – Gleis 3 Alternative Risch
11-15 h, Rotkreuz

Mittwoch, 7. September: Alternative Monatsbar
18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Mit Köchinnen und Köchen des Gleis 3 Alternative Risch
Anschliessend 20 h, Themenabend: Zonen- und Raumplanung, Mehrwertabschöpfung, Alternative – die Grünen Zug

Samstag, 24. September: Sommerfest mit Sponsorenlauf – kommentiert von Marco Rima, Alternative – die Grünen Kanton Zug
Nachmittags in Zug am See



Mittwoch, 5. Oktober:
Alternative Monatsbar
 ab 18.30 h, Siehbachsaal,
 Chamerstrasse 33, Zug
 Mit Köchinnen und
 Köchen der Alternative
 Stadt Zug
 Ab 20 h, Themenabend,
 Alternative – die Grünen
 Kanton Zug

Sonntag, 23. Oktober:
Wahlsonntag – Wahlfeier,
Alternative – die Grünen
Zug
 Siehbachsaal, Chamer-
 strasse 33, Zug

Mittwoch, 2. November:
Alternative Monatsbar
 ab 18.30 h, Siehbachsaal,
 Chamerstrasse 33, Zug
 Mit Köchinnen und
 Köchen des Forum
 Oberägeri
 Ab 20 h, Themenabend:
 Generationen, Alternative
 – die Grünen Zug

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Zug**
 Postfach 4806, 6304 Zug
 041 711 99 09
 www.alternative-zug.ch
 info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alter-
 native – die Grünen Zug:
Montag 14–18 Uhr und
Donnerstag, 10–14 Uhr

**Alternative – die Grünen
Baar**
 Anna Lustenberger-Seitz
 Postfach, 6340 Baar
 info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**
 Barbara Beck-Iselin
 Postfach 112, 6313 Menzingen
 b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**
 Cornelia Mayinger
 cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**
 Postfach 4805, 6304 Zug
 info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
 Philipp Röllin
 forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch
 Hanni Schriber
 hannischriber@gmx.ch

Grüne Steinhausen
 Postfach 123, 6312 Stein-
 hausen
 studerus@datazug.ch

Junge Alternative Zug
 Postfach 4806, 6304 Zug
 junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
 Sha Ackermann und Roman
 Ambühl
 cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne Fraktion
im Kantonsrat:**
 www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
 www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete
 Artikel unterliegen der
 alleinigen Verantwortung
 der AutorInnen.

BULLETIN Nr. 2, Juni 2011,
 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative –
 die Grünen Kanton Zug,
 Postfach 4806, 6304 Zug,
 E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion:
 Natalie Chiodi, Hansjörg
 Glauser, Jonas Feldmann,
 Philippe Koch, Lorenzo
 Martinoni, Martin Stuber

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
 (100% Recycle Papier)

Titelbild:
 Paula Gisler

Nutzaufgabe:
 1050 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage:
 1005 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
 KleinverdienerInnen Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–
 Mitgliederbeitrag Verein
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 3/2011:
 Freitag, 2. September 2011

Erscheinungsdatum:
 Donnerstag 22. September
 2011

«DAS BULLETIN» auf dem
 Internet unter
 www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

